

Beschluss

Sofortige unbürokratische und umfassende humanitäre Hilfe für die Binnenvertriebenen in der Ukraine

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 15.10.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

1 Flucht und Vertreibung sind für die Menschen in der Ukraine leider nicht neu. Seit dem
2 Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine im Jahr 2014, der Besetzung der Krim und von
3 Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk hatten bereits 2 Millionen Menschen ihre Heimatorte
4 verlassen müssen. Nach der Kriegserklärung im Februar 2022 und dem Beginn eines
5 flächendeckenden Angriffs auf die Ukraine durch die russische Armee sind die Zahlen
6 flüchtender Menschen in die Höhe geschossen.

7 Rund 14 Millionen Menschen, ein Drittel der Bevölkerung, sind auf der Flucht. Millionen
8 suchen Schutz in den Nachbarländern, sieben Millionen Menschen wurden zu Binnengeflüchteten
9 innerhalb der Ukraine. Laut UNHCR handelt es sich derzeit um die größte Vertreibungskrise
10 der Welt. (<https://www.unhcr.org/ua/en/internally-displaced-persons>).
11 Jede zweite vertriebene Familie hat Kinder, 30 Prozent der Vertriebenen sind krank, haben
12 eine Behinderung oder sind ältere Menschen.

13
14 Wegen der noch zunehmenden Luftangriffe und wegen des dauerhaften Beschusses entlang der
15 Frontlinie werden es täglich mehr Menschen, die flüchten. Das UNHCR schätzt die Zahl jener,
16 die in den umkämpften Gebieten festsitzen oder diese aufgrund erhöhter Sicherheitsrisiken,
17 der Zerstörung von Brücken und Straßen sowie des Mangels an Ressourcen oder Informationen
18 nicht verlassen können, auf 13 Millionen Menschen! Die ukrainische Regierung hat in den
19 letzten Wochen mit Evakuierungen aus stark umkämpften Regionen begonnen. Es ist zu erwarten,
20 dass der Winter und Probleme bei der Versorgung die Fluchtbewegungen verstärken werden, denn
21 mit Stand 27. August 2022 sind laut offiziellen Zahlen 129.900 Wohnhäuser, 2.321
22 Bildungseinrichtungen, 903 Krankenhäuser, 2.768 Objekte ziviler Infrastruktur stark
23 beschädigt oder zerstört worden. Rund eine Million Menschen haben gar keinen Zugang zu
24 Wasser mehr, 4,6 Millionen nur noch einen beschränkten.
25 Selbst wenn die Invasion morgen enden würde – Millionen haben keine Bleibe und leiden unter
26 sehr schlechte Lebensbedingungen.

27
28 Die flüchtenden Menschen zieht es in die Gebiete, die weniger angegriffen werden und in
29 denen Raketen aufgrund ihrer längeren Flugzeit besser abgefangen werden können. Viele
30 flüchten zum zweiten Mal oder schon zum dritten Mal vor den russischen Angriffen, nachdem
31 sie nach 2014 und auch jetzt wieder oft in der Nähe ihrer Heimat im Osten oder Süden der
32 Ukraine geblieben sind. So wird im Westen der Ukraine zum Herbst und Winter mit Millionen
33 Binnenvertriebenen gerechnet.

34
35 Regionen wie zum Beispiel der Oblast Iwano-Frankiwsk haben bis jetzt (August 2022) rund

36 150.000 Menschen aufgenommen. Damit sind schon jetzt 10 Prozent aller Menschen dort
37 Geflüchtete. Allein für den September werden in Iwano-Frankiwsk 220.000 weitere Geflüchtete
38 erwartet. Der benachbarte Oblast Transkarpatien hat allein 155.000 Binnengeflüchtete
39 offiziell registriert - bei 1,2 Millionen Einwohner*innen. Der westlichste Oblast Lviv hat
40 gar 248.000 Binnenvertriebene aufgenommen - bei 1,3 Millionen Einwohner*innen, der Oblast.
41 Noch größer sind zurzeit die Zahlen für Regionen im Osten, wie zum Beispiel Dnipro, die
42 allerdings auch immer wieder Ziel russischer Angriffe sind. Die ukrainische Regierung bemüht
43 sich um eine Evakuierung der Menschen aus den Regionen in der Nähe der Frontlinie.

44 In den Städten und Oblasten leisten Bürger*innen, Verwaltung und die organisierte
45 Zivilgesellschaft Großartiges: Sie helfen und spenden, nehmen die Menschen privat auf. Sie
46 räumen Hörsäle, Turnhallen und Verwaltungsgebäude, um die Menschen unterzubringen. Doch das
47 wird nicht reichen. Erhebungen zeigen, dass die meisten Binnengeflüchteten in
48 Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten) bzw. in Sanatorien oder Erholungsheimen
49 untergebracht wurden, die für einen langfristigen Aufenthalt ungeeignet sind. Zugleich
50 wachsen nach den Sommerferien Probleme, weil Binnenvertriebenen aus provisorischen Schulen
51 ausziehen müssen, weil die Schüler*innen mit dem neuen Schuljahr zum Unterricht zurückkehren
52 sollen.

53
54 Bald wird es nicht mehr möglich sein, Menschen in bestehende Gebäude unterzubringen, weil
55 sie belegt sind. Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, muss das Land sofort und
56 effektiv bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Menschen unterstützt werden, die
57 innerhalb der Ukraine auf der Flucht sind.

58
59 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass den flüchtenden Menschen aus der Ukraine
60 weiter Aufnahme und Schutz in der EU ermöglicht wird. Wir wissen aber von Besuchen in der
61 Ukraine und aus vielen Berichten, dass sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer trotz Flucht im
62 Land bleiben wollen, auch, weil sie ihre Söhne, Männer, Väter und Brüder im wehrpflichtigen
63 Alter zurücklassen müssten. Doch dafür müssen bessere Bedingungen geschaffen werden. Denn
64 die Familien werden ihre Frauen und Kinder darauf drängen, das Land zu verlassen, wenn das
65 Überleben immer schwieriger wird. Die Ukraine selbst kann die Kosten für Unterbringung und
66 Lebensmittelversorgung nicht mehr alleine stemmen.

67
68 Umgehend müssen Möglichkeiten zur Unterbringung geschaffen werden. Dazu gehören schnell zu
69 errichtende Notunterkünfte, winterfeste Zelte, Generatoren, Heizgeräte und Ausrüstung zur
70 Wasseraufbereitung. Dringend gebraucht werden an bestehenden zentralen Unterkünften mobile
71 Küchen. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln, Betten, Decken und Kleidung muss
72 flächendeckend sichergestellt werden. Angefragt werden von Helfern vor Ort auch immer wieder
73 Sanitätswagen und Ausrüstung für medizinische Notfallversorgung. Für die Aufrechterhaltung
74 des Schulunterrichts ist die technische Ausstattung von Lehrkräften und Schüler*innen für
75 den Onlineunterricht zu gewährleisten.

76
77 Die bessere Ausrüstung und Ausbildung der ukrainischen Armee zur Verteidigung der
78 Unabhängigkeit des Landes ist unbedingt notwendig. Sie muss ab sofort einhergehen mit
79 ehrgeizigen Anstrengungen in der humanitären Hilfe in den Zentren der Flucht in der Ukraine.
80 Das Auseinanderreißen von Familien und eine weitere Vertreibung der Menschen aus ihrem Land
81 muss und kann verhindert werden.

82
83 Wir GRÜNE setzen uns für eine sofortige, kontinuierliche und umfangreiche humanitäre Hilfe
84 für die Geflüchteten in der Ukraine, in Deutschland und EU ein. Noch vor dem Einbruch des
85 Winters muss die Ukraine logistisch, personell und vor allem finanziell in die Lage versetzt
86 werden, angemessene und bedarfsgerechte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Es braucht

87 umgehend ein sofortiges Programm für humanitäre Hilfslieferungen und die
88 Wiederinstandsetzung kritischer ziviler Infrastruktur.

89 Als Grüne setzen wir uns zudem für die Unterstützung des kurz-, mittel- und langfristigen
90 Wiederaufbaus der Ukraine ein. Auseinandersetzungen über Zukunftsperspektiven sowie die
91 Verknüpfung von Wiederaufbau und Europäischer Integration aber dürfen dabei die kurz- und
92 mittelfristige Bedarfe nicht überlagern. Sie haben höchste Priorität. Hierzu muss
93 Deutschland auf allen Ebenen, europäisch und global, beispielsweise über die Einberufung
94 einer Geberkonferenz aktiv werden, um weitere humanitäre Krisen in der Ukraine zu
95 verhindern.

96
97 Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die sich nicht aus ihrem Heimatland vertreiben
98 lassen wollen, in ihrem Land den nächsten Winter sicher und unbeschadet überstehen können.
99 Die internationalen Initiativen zum Wiederaufbau der Ukraine sind wichtig. Sie schaffen
100 Perspektiven. Aber auf die akute Not der Binnenflucht muss jetzt reagiert werden. Die EU,
101 ihre Mitgliedstaaten und die internationalen Organisationen müssen sich gemeinsam dieser
102 akuten Not stellen und zur Abhilfe Sofortprogramme beschließen. Dank der
103 Dezentralisierungsreform sind in den Rathäusern, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft
104 verlässliche regionale und lokale Strukturen entstanden, die eine Voraussetzung für eine
105 gute Kooperation sind.

106
107 Noch können wir den Menschen vor Ort helfen.

Beschluss

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 15.10.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen
2 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem
3 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt
4 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa
5 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht
6 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende
7 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat*innen verteidigen die
8 Ukrainer*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit
9 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf
10 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir
11 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir
12 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst
13 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das
14 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.

15 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet
16 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und
17 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des
18 Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilen
19 beschleunigt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Atomtransporte von und nach Rußland
20 endgültig zu beenden. Wir leisten humanitäre Hilfe, stellen die unbürokratische Aufnahme von
21 Geflüchteten sicher und bereiten unsere langfristige Unterstützung für den Wiederaufbau der
22 Ukraine vor. Wir unterstützen eine umfassende Aufarbeitung der von Russland in der Ukraine
23 begangenen Kriegsverbrechen, möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen
24 der Aggression sowie die Ahndung solcher Verbrechen durch nationale und internationale
25 Gerichte. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat*innen aus. Wir haben die eigenen
26 militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den östlichen
27 Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine und
28 Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien gestimmt – und unterstützen die Aufnahme
29 Finnlands und Schwedens in die NATO. Das Engagement der EU und auch Deutschlands wird
30 gebraucht für nachhaltigen Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen im
31 Südkaukasus. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans auf das Kernland Armeniens. Wir
32 stehen fest an der Seite aller Völker, die sich für den demokratischen Weg entschieden haben
33 und prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Wir werden
34 alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die ukrainische Kultur, Sprache und Identität
35 zu erhalten.

36 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir
37 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Auch bei
38 Kooperationen mit Ländern wie China, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-
39 Arabien muss dauerhaft vermieden werden, dass eine Abhängigkeit entsteht. Und wir stellen
40 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist -auch
41 für unsere Partnerstaaten. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch
42 weiterhin verstärkt und beschleunigt tun, wo nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr und
43 der Industrie. Für uns ist entscheidend, was die Ukraine braucht. Deshalb setzen wir uns in
44 der Bundesregierung dafür ein, dass alle NATO-Partner - Deutschland inbegriffen - die
45 Bedarfe an Waffensystemen für die Verteidigung der Ukraine sowie zur Rückeroberung
46 annektierter oder besetzter Gebiete decken. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere
47 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als
48 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit
49 Europas und unserer Verbündeten.

50 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht
51 abrücken. Auch wenn militärische Mittel zur Verteidigung und Wiederherstellung des Friedens
52 und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne
53 einer feministischen Außenpolitik langfristig auch für die Prinzipien von Abrüstung,
54 Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministischer
55 Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und
56 gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der
57 Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur
58 Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben
59 nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

60 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das
61 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen
62 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und
63 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

64 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die wegen
65 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323
66 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine
67 hinzugekommen.

68 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den
69 Staaten, die bereits durch die Klimakrise und die sozioökonomischen Folgen der Covid-
70 Pandemie mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko interner
71 Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen wir mit
72 verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem Engagement bei der
73 Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den Bereichen
74 Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite Sicherheit
75 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der Frage, wer
76 das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die
77 internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche Staaten
78 stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir entschlossen
79 für die Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass
80 Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt
81 werden.

82 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die
83 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten
84 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch

85 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie
86 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die
87 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser
88 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen
89 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.

90 Russlands Teilmobilmachung darf nicht erfolgreich sein. Den jungen Männern Russlands muss
91 eine Alternative zum Kämpfen in diesem grausamen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geboten
92 werden. Deswegen unterstützen wir Grüne eine schnellere und unbürokratischere Aufnahme
93 insbesondere von russischen und belarussischen Dissidenten. Aber auch Deserteuren und
94 Kriegsdienstverweigerern, die in der EU oder Deutschland Schutz suchen, muss nach einer
95 Sicherheitsüberprüfung Aufnahme gewährt werden. Erstaufnahmeländer wie Georgien, in die
96 hunderttausende Menschen aus Russland vor der Mobilmachung geflohen sind, sollten bei den
97 humanitären Herausforderungen unterstützt werden.

98 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

99 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet vom Konzept der menschlichen
100 Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
101 Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und Not
102 leben können. Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,
103 einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit und die Sicherheit
104 kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes- und Bündnisverteidigung, zivile
105 Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall setzen wir
106 uns für den Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte im Sinne der
107 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung struktureller Gewalt ein.

108 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine feministische
109 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die Gleichberechtigung
110 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Diskriminierung marginalisierter Gruppen,
111 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ*, für die gerechte
112 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller.
113 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit
114 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen und
115 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende
116 menschliche Sicherheit. Deshalb machen wir uns für die vollständige Umsetzung der Agenda
117 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stark, die wir innerhalb Deutschlands und international
118 vorantreiben. Dazu gehört auch, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden
119 einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und
120 Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention von Konflikten, bei ihrer
121 Transformation und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Deswegen müssen auch
122 Vergewaltigung, Ermordung von Zivilist*innen sowie Plünderungen als Kriegsverbrechen benannt
123 und geahndet werden. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in Kooperation
124 mit feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert intersektional-
125 feministisch ausgerichtet werden. Hierzu suchen wir den Schulterschluss mit Akteur*innen auf
126 der ganzen Welt.

127 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer nachhaltigen
128 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von ressortübergreifenden
129 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor deren Umsetzung
130 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden können.

131 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen
132 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe oder
133 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen

134 sowie der Friedens- und Konfliktforschung – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage
135 umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte
136 und gestärkte Analysefähigkeit. Vor allem die institutionelle Förderung in diesem Bereich,
137 wie die des Zivilen Friedensdienstes oder der Deutschen Stiftung Friedensforschung brauchen
138 eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir die Verpflichtung in den Leitlinien
139 Krisenprävention für mehr Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.
140 Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit
141 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies
142 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den
143 betroffenen Staaten und Regionen.

144
145 Auch Tausende Studierende und Wissenschaftler*innen protestieren in Russland gegen den
146 Krieg. Wir wollen sicherstellen, dass die Wissenschaftsfreiheit der ausschließlich zivil
147 nutzbaren Forschung insbesondere für russische Exil-Wissenschaftler*innen, die sich gegen
148 den Krieg engagieren, sichergestellt wird.

149 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch rasche
150 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen. Das
151 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche Bereitstellung
152 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der
153 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen
154 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des Systems der humanitären Hilfe
155 ein, mit dem Ziel, schneller und weitreichender agieren zu können sowie durch erhöhte
156 Wirkungsorientierung die Grundlage für langfristige und nachhaltige Entwicklung zu schaffen.
157 Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft die
158 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung von Dürren
159 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer
160 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit Klimaschutz
161 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der Weltbevölkerung
162 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust
163 vorgehen und zeitgleich Strategien für die globale Landwirtschaft entwickeln, um sich dem
164 ändernden Klima adäquat anzupassen.

165 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die
166 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und Stabilität
167 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren negativen
168 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im
169 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen Akteur*innen,
170 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt
171 werden. Internationale Kooperation ist Grundlage für eine gemeinsame Klimaaußenpolitik: sie
172 ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele,
173 beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Klimaschutzpolitik ist Friedens- und
174 Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die Transformation hin zur Klimaneutralität noch
175 verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit. Feministische
176 Außen- und Entwicklungspolitik muss mit internationaler Klimapolitik zusammengedacht werden.
177 Mit Klimaaußenpolitik und Kooperation für Klimagerechtigkeit als Mittelpunkt unserer Politik
178 setzen wir uns ressortübergreifend für die globale Klimaneutralität sowie die Bewältigung
179 von Klimafolgen ein, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und die Agenda
180 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daran ändert auch der russische Angriff auf die
181 Ukraine nichts, selbst wenn kurzfristig fossile Energieträger aus anderen Ländern als
182 Russland importiert werden müssen. Dies darf nur eine Überbrückung auf Zeit sein, bis wir
183 die Abhängigkeit von fossilen Energien durch einen noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren
184 Energien beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns.

185 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde
186 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische
187 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen daher auf die
188 Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die Partnerschaften mit Staaten, die
189 unsere Werte teilen. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen nicht
190 einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der Partnerländer -
191 wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige Produktionsbedingungen -
192 berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu schmieden.

193 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften haben
194 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in der Europäischen Union
195 gebracht. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete, interoperable, bündnis-
196 und europafähige und stärker integrierte Streitkräfte. Diese halten nicht nur potenzielle
197 Aggressoren von Angriffen ab. Als Partei haben wir in unserer Geschichte auch gelernt, dass
198 in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid führen
199 kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals die
200 Lösung, kann jedoch ein Zeitfenster für politische Lösungen und die zivile
201 Konfliktbearbeitung schaffen.

202 Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns,
203 Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine
204 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge bzw.
205 Wiederaufbau an.

206 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs greift ein Sondervermögen für die
207 Bundeswehr allein zu kurz. Es braucht zusätzliche Anstrengungen in der gesamtstaatlichen
208 Sicherheitsvorsorge. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten für
209 zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Friedens- und
210 Konfliktforschung, humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für
211 Stabilisierung und Entwicklungspolitik ein. Dabei halten wir an der Zielsetzung aus dem
212 Koalitionsvertrag fest, dass die Ausgaben im Maßstab 1:1 zum Anstieg der
213 Verteidigungsausgaben erhöht werden sollen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr muss
214 jedoch so ausgestaltet werden, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und
215 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und EU besser und unter neuen Vorzeichen auch
216 schneller leisten kann. Das Sondervermögen für die Bundeswehr darf nicht zu einer
217 haushalterischen Einschränkung für den prioritär notwendigen Investitionsbedarf zum sozial-
218 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft führen.

219 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören neben der
220 Ertüchtigung von Partnerstaaten auch gesamtstaatliche Maßnahmen wie die Erhöhung der
221 Cybersicherheit, die Stärkung von Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen, der Abbau
222 bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Eine ausreichende
223 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von großer
224 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer Gesellschaft
225 in den Blick zu nehmen.

226 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit
227 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem aggressiven Agieren
228 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden, die
229 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von Russlands
230 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst lancierter
231 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die Abwehr
232 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische Institutionen

233 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des Digital
234 Services Act.

235 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz gilt
236 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut
237 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen zivilen
238 Akteur*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der
239 Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BBK).
240 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker als
241 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen Hilfswerk (THW)
242 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

243 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen
244 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das Zentrum für
245 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt werden.
246 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen wegkommen, das
247 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer wurden.
248 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren und
249 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus in
250 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als bisher
251 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte Abschreibungsmodalitäten
252 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit
253 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht konsequent
254 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch kriminellen
255 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.

256 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen
257 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite
258 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der
259 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine
260 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

261 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

262 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir erneuern.
263 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin eine
264 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat*innen in der Westbalkanregion, in der
265 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in anderen
266 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den
267 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und sich ein
268 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und
269 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die
270 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen weltweit,
271 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel sein
272 muss.

273 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau
274 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die
275 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die EU
276 unterstützen.

277 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir sehen
278 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter auszubauen, um
279 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta basierende
280 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr Friedensversprechen zu

281 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft entschieden zu
282 verteidigen.

283 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den autokratischen,
284 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen unserer Zeit.
285 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU. Deshalb gehört
286 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen Reformen zu
287 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden Krieges
288 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und
289 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf diese
290 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen und
291 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU
292 bestmöglich abfedern.

293 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas
294 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:
295 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere IT-
296 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,
297 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte gemeinsame
298 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der
299 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für eine
300 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu prüfen,
301 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

302 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit
303 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den
304 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die bewährten
305 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur Disposition:
306 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der Konferenz
307 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von Helsinki und
308 der Charta von Paris zu bekräftigen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit
309 in Europa (OSZE) zu stärken. Die OSZE bietet – trotz ihres Reformbedarfs - mit ihren 57
310 Teilnehmerstaaten eine wichtige Basis für staatenübergreifende Kooperation. Langfristig geht
311 es darum, eine nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur aufzubauen.

312 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer Werte und
313 Normen auch nach innen schützt. Dazu gehört auch die Wahrung der Rechte von Frauen und
314 queeren Menschen. Diese ist ein Gradmesser für Demokratie. Wir wollen die europäische
315 Rechtsstaatlichkeit durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische
316 Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales
317 Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte erhalten.
318 Der Abbau von Grundrechten und -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert werden. Wir
319 begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als eines der
320 Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent angewendet
321 werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind heute – neben
322 institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das
323 entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder
324 erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-
325 Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig und
326 entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im Rahmen der
327 Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

328 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit Geflüchteten
329 an den EU-Außengrenzen, sowie eine menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und

330 Einwanderungspolitik. Trotz jahrelangen Diskussionen und vielen Versprechungen ist der
331 Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen immer noch unwürdig und rechtswidrig. Deswegen
332 werden wir unsere Möglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundes- und Europaebene nutzen,
333 um diese unwürdige Situation ohne weitere Verzögerungen zu beenden. Asylverfahren müssen
334 innerhalb der EU durchlaufen werden und alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden.
335 Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Nichteinreisefiktionen oder
336 europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Wir setzen uns weiterhin innerhalb der
337 Bundesregierung und der EU für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte
338 Seenotrettung ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die mit Menschenrechtsverletzungen in
339 der europäischen Nachbarschaft eine Abschottungspolitik umsetzen will. Die Kriminalisierung
340 von Seenotretter*innen wollen wir verhindern. Illegale Pushbacks nationaler Grenzpolizeien
341 oder ihre Unterstützung beziehungsweise Duldung durch die europäische Grenzschutzbehörde
342 Frontex darf es nicht geben. Sie müssen sofort beendet und zukünftig effektiv verhindert
343 werden. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent geahndet
344 werden, etwa durch die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-
345 Kommission gegen verantwortliche Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die in der EU ankommenden
346 Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine Weiterentwicklung
347 des Malta-Mechanismus ein. Außerdem wollen wir die Aufnahme aus dem Resettlement-Programm
348 des UNHCR deutlich ausbauen, um sichere Fluchtwege aus Ländern wie Libyen zu schaffen.

349 Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in der
350 EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und humanitäre
351 Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine
352 verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen für die
353 zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die
354 Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

355 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

356 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie nie.
357 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht an
358 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende Kooperationsansätze
359 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

360 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere Sicherheit.
361 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf jedoch
362 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen
363 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die EU und ihre
364 Mitgliedstaaten übernehmen mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung. Das gilt
365 insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen
366 Staaten und Polens. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei zentraler
367 Stützpfeiler unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stärke unserer
368 Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst sich auch an der in ihr gelebten Demokratie,
369 Rechtsstaatlichkeit und überzeugend umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns für den
370 weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen, globale
371 Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer
372 verantwortungsbewussten Handelspolitik ein. Die wiederholten völkerrechtswidrigen
373 Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien und im Irak wie auch der Abbau der
374 eigenen Rechtsstaatlichkeit sind mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht vereinbar.

375 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus.
376 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit
377 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen
378 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die

379 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon lange
380 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts insbesondere
381 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive
382 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien
383 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf diese
384 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen Angriffskrieges
385 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation in
386 der Lage ist.

387 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-
388 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer Blockade
389 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die Beschlüsse der
390 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos durch ein
391 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und ein
392 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an
393 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die gemeinsame
394 europäische Stimme stärker werden.

395 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die Vereinten
396 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Menschenrechte, die UN-Konventionen
397 sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und inklusiven
398 internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und G-20, die
399 NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung flexibler
400 Koalitionen, Kontaktgruppen und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und
401 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für
402 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

403 Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Wissenschaftsdiplomatie
404 gewinnen angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie tragen maßgeblich dazu
405 bei, durch Bildungs- und Forschungsk Kooperationen und wissenschaftliche Expertise große
406 globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und positiv in die
407 Zivilgesellschaft zu wirken. Somit können sie friedensfördernde Effekte entfalten. Sie
408 müssen daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutsche Akademische
409 Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die deutsche
410 UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte Wissenschaftler*innen und
411 Studierende über Sprachkurse und Austauschprogramme bis hin zu Stipendien für internationale
412 Spitztalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete
413 Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen
414 Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,
415 verlässlich erhöht, statt gekürzt zu werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam lösen
416 lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und Zusammenarbeit in
417 Studium, Forschung und Lehre auch durch eine Weiterentwicklung der
418 Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und des Strategiepapiers „Science
419 Diplomacy“ des Auswärtigen Amts. Dazu gehört auch eine bessere Verzahnung von bildungs- und
420 außenpolitischen Handlungen. Institutionelle Kooperationen allein - zum Beispiel im
421 Europäischen Hochschulraum - führen nicht automatisch zu Annäherung. Wissenschaftsdiplomatie
422 muss deswegen dazu beitragen, Menschenrechte, Demokratieförderung und die Freiheit von
423 Forschung und Lehre ins Zentrum von Kooperationen zu rücken.

424 Wir wollen, dass in Deutschland die akademische Forschung und Lehre zur Ukraine und dem
425 Verflechtungsraum Östliches Europa deutlich gestärkt und ausgebaut wird, sowie Programme zur
426 zivilgesellschaftlichen, kulturellen und kommunalen Zusammenarbeit mit der Ukraine besonders
427 gefördert werden.

428 **Autokraten entschieden begegnen**

429 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für Menschenrechte,
430 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch imperialistische
431 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die
432 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur*innen ein hohes Risiko, dass
433 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere eigene
434 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer globaler
435 Aufgaben schaffen.

436 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit stärken und uns
437 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit wappnen. Es kann
438 bei Regelbrecher*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die universellen
439 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Zur Achtung
440 dieser Normen bauen wir auch auf Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof und den
441 Internationalen Gerichtshof und setzen uns deshalb bei unseren Partner*innen für eine
442 Anerkennung dieser wichtigen Institutionen ein. Denn sowohl Einzelpersonen als auch Staaten
443 müssen für Verstöße zur Verantwortung gezogen werden.

444 Das Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere
445 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außen- und entwicklungspolitischen Zielen
446 und Leitlinien sein. Daraus folgt, dass wir eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens nur
447 mit umsetzbaren, überprüfbaren und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum Umwelt-,
448 Sozial- und Menschenrechtsschutz befürworten, und wenn wirksame Zusatzvereinbarungen zum
449 Schutz der Amazonas-Wälder abgeschlossen sind. Wir setzen uns ebenso für einen Ausstieg aus
450 dem Energiecharta-Vertrag ein, weil der darin enthaltene Investitionsschutz Gefahr läuft,
451 den Ausstieg aus fossiler Energie und unsere Klimapolitik zu behindern.

452 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche Kooperationsangebote
453 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf menschliche
454 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als
455 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch dann
456 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und auf ihre
457 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektoralen Abhängigkeiten müssen wir durch
458 Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und
459 europäischer aufstellen.

460 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen Reaktionsmöglichkeiten auf
461 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das Projekt
462 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch falsch. Die
463 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle
464 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik
465 darstellen.

466 Das revisionistische Russland unter Wladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit und
467 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu
468 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und
469 Transparenz der Beziehungen bereit. Wir sind immer zu einem Dialog mit Russland bereit, doch
470 Russland hat sich bis zuletzt einem fairen Dialog verweigert. Ein Partner wird Russland für
471 uns künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält. Dabei
472 treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein und lehnen die
473 imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren setzt,
474 setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit denjenigen,
475 die der zunehmenden Unterdrückung des Kreml trotzen und sich für ein Russland einsetzen, das
476 Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu treten.”

477 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere Werte und
478 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die internationale
479 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven
480 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur*innen und die
481 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China versucht
482 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu nutzen.
483 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere Abhängigkeiten
484 überprüfen und auf eine europäische Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen.
485 Im Rahmen der europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und politische
486 Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören ein Abkommen
487 über resiliente Lieferketten und ein bilaterales Investitionsabkommen. Wir betonen, dass
488 eine Änderung des Status Quo in der Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den Willen
489 der Bevölkerung Taiwans stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante Beteiligung an
490 der Arbeit internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol. Unter
491 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur Zusammenarbeit mit
492 China bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

493 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine gemeinsame
494 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbriefte Gleichberechtigung aller
495 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere Partnerschaften
496 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im asiatisch-
497 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission. Einseitige
498 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-Politik
499 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere Maßnahmen zur
500 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und
501 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger*innen notwendig.
502 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte auch in
503 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

504 **Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

505 Der Vorrang für Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das
506 zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle
507 Waffensysteme, ob nuklear, konventionell oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und
508 internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern,
509 sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen
510 und technologischer Entwicklungen – von neuartigen Waffensystemen, über den Cyberbereich bis
511 hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten
512 die Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen
513 wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen und auch nicht staatliche Akteure in den Blick
514 nehmen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum
515 unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen
516 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen
517 Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum
518 New-START-Vertrag einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konkrete, materielle
519 Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests in der aktuellen Legislaturperiode ein. Das Ziel
520 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

521 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und
522 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Gerade nach alle den Jahren des maßlosen
523 Drangs der Großen Koalition mit Genehmigungen in Rekordhöhe an Staaten, die keine
524 Wertepartner sind, ist ein Neuanfang überfällig. Für uns sind Rüstungsexporte kein
525 Instrument der Industriepolitik. Wir wollen ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz,
526 das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige inhaltliche

527 Begründung, sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern schafft.
528

529 Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur europäischen
530 Waffenexportkontrolle für gemeinsame Rüstungskooperationen zu schaffen, das im Einklang mit
531 den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU steht. In der schwersten Sicherheitskrise
532 Europas seit Jahrzehnten sind Europäische Kooperation und Verlässlichkeit unter Verbündeten
533 ein hohes Gut. Unsere von Werten geleitete Außenpolitik steht vor einem Dilemma: Auf der
534 einen Seite wollen wir eine vertiefte Rüstungskooperation mit unseren europäischen Partnern
535 im Einklang mit unseren Werten, auf der anderen Seite wird bis zu einer restriktiven
536 europäischen Rüstungsexportpolitik noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.
537

538 Bündnis 90/Die Grünen werden diese Debatte nutzen, um uns bei der Formulierung des
539 Rüstungsexportkontrollgesetzes für eine Reform von europäischen Gemeinschaftsprojekten im
540 Rüstungsbereich einzusetzen. Forderungen nach Lockerungen der restriktiven Regelungen bei
541 Gemeinschaftslieferungen erteilen wir eine Absage. Wir wollen gemeinsame europäische
542 Entscheidungen für Rüstungsexporte auf Basis einer gemeinsamen Einschätzung der
543 Sicherheitslage und europäischer Werte. Wir wollen keinen Wettlauf um die niedrigsten
544 Menschenrechtsstandards bei der Genehmigungspraxis. Es braucht zudem einen regelmäßigen,
545 unabhängigen und transparenten Review-Prozess der Bundesregierung zur Sicherheits- und
546 Menschenrechtspolitik in den Empfängerstaaten und einen Review der geschlossenen Alt-
547 Verträge.

548 Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive Menschenrechtsverletzungen und
549 ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an Saudi-
550 Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien und
551 ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese nachweislich
552 unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition hat in
553 den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit der
554 Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit beigetragen.
555 Unter anderem der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien hat in letzter
556 Zeit zu einem Ende der gezielten Bombardements von ziviler Infrastruktur geführt.

557 Die Weigerung der Huthi-Milizen, die Waffenruhe im Jemen zu verlängern, ist ein Grund zu
558 großer Beunruhigung. Der internationale Druck auf alle Kriegsparteien muss aufrecht erhalten
559 werden, die Priorität muss ein Waffenstillstand mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens
560 bleiben. Die Jemen-Klausel des Koalitionsvertrags gilt.

561 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht (kodifiziert u.a.
562 in Art. 51 der UN-Charta) für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder
563 angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können. Deshalb
564 werden wir die Ukraine solange es notwendig ist unterstützen. Von der
565 nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bis zur Lieferung von schweren Waffen werden wir uns
566 dafür einsetzen, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, ihr Land auch weiterhin zu
567 verteidigen und durch Russland eroberte oder völkerrechtswidrig annektierte Gebiete
568 zurückzugewinnen. Es sind entscheidende Monate für die Menschen in der Ukraine und für die
569 Ordnung auf unserem Kontinent. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur Verletzung
570 von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen eingesetzt
571 werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden weltweit.
572 Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern, in
573 Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge, verbindliche und
574 differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipments-Kontrollen gesetzlich fest- und
575 vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise
576 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen ermöglichen,

577 unliebsame Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienschaffende oder
578 Minderheiten zu verfolgen.

579 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können und die Einsatzfähigkeit der
580 Bundeswehr zu erhöhen, müssen das Beschaffungswesen reformiert, Beschaffungsmaßnahmen
581 beschleunigt und substanzielle Strukturmaßnahmen in Bundeswehr und Verwaltung zur Förderung
582 von Agilität und Effizienz umgesetzt werden. Das beschlossene
583 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte
584 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist
585 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung, um die
586 Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und
587 Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner zu schaffen.
588 Dazu gehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung der europäischen
589 Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale
590 Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität
591 und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

592 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung – eine Strukturpolitik gegen die globalen** 593 **Krisen**

594 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen Krisen noch
595 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland offenbart
596 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von Nahrungsmittelimporten
597 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen
598 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf die
599 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige
600 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für
601 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem
602 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser Dynamiken aus.
603 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit gemeinsam
604 mit unseren Partner*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie
605 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir
606 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik. Feministische Entwicklungspolitik
607 setzt dabei an den Ursprüngen der Ungleichheit an: den ungleichen Machtverhältnissen
608 zwischen den Geschlechtern, sozialen Normen und Rollenbildern.

609 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen
610 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem
611 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres
612 Stimmverhältnis zu sorgen.

613 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.
614 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und weniger
615 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet
616 werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale
617 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig
618 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor allem in
619 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen wollen wir
620 stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine essenzielle
621 Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung wollen wir
622 fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften.
623 Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese Maßnahmen
624 kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.

625 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften
626 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale
627 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale
628 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“
629 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids,
630 Tuberkulose und Malaria gleichen.

631 Um für künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, unterstützen wir die Entwicklung eines
632 Pandemie-Vertrags der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser
633 Vertrag robuste Mechanismen beinhaltet um in künftigen Pandemien schnelleren und gerechteren
634 weltweiten Zugang zu Gesundheitsprodukten zu sichern. Wir begrüßen die WTO-Entscheidung zur
635 Einschränkung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe. Wir setzen uns zudem dafür ein,
636 dass solche Maßnahmen dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, auch
637 auf Therapeutika und Diagnostika für Covid-19 ausgeweitet werden können

638 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue
639 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium der
640 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser
641 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen eine
642 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das öffentliche
643 und private Gläubiger*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders
644 gefährdete Ländergruppen vorsieht. Als konkreten Beitrag wollen wir ein Gesetz zur
645 Restrukturierung ausländischer Staatsschulden mit dem die Ergebnisse internationaler
646 Umschuldungsverhandlungen in Deutschland verbindlich gemacht werden.

647 Feministische Entwicklungspolitik ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet, die
648 Förderung und die Belange von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in den
649 Vordergrund zu stellen und sie gezielt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir setzen uns
650 dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus
651 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“ direkt
652 gefördert werden.

653 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik von
654 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter, nachhaltiger und
655 menschenrechtsbasierter Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über Korruption
656 und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen Staatsführung
657 verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf
658 Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die lokale
659 Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.

Beschluss

Zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer stärken und Verantwortung für eine menschenwürdige Asylpolitik übernehmen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 15.10.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung, des Bundestages und der EU dafür ein, dass die
- 2 Bekenntnisse des Koalitionsvertrages zur zivilen Seenotrettung noch in diesem Jahr
- 3 konkretisiert werden und die zivile Seenotrettung im Mittelmeer substantielle Unterstützung
- 4 erfährt. Das bedeutet für uns konkret:
- 5 Wir werden dafür eintreten, dass der bestehende Solidaritätsmechanismus weiterentwickelt
- 6 wird. Bisher scheitert die Umsetzung an bürokratischen Hürden, die dazu führen, dass eine
- 7 schnelle Umverteilung und Solidarität unter den Mitgliedsstaaten verhindert wird. Außerdem
- 8 sind die Zusagen bislang völlig unzureichend.
- 9 Deswegen wollen wir mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta-Mechanismus weiterentwickeln,
- 10 damit eine schnelle Registrierung und Zugang zu Asylverfahren in den EU-Staaten
- 11 sichergestellt wird und überfüllte Lager an den Außengrenzen vermieden werden. Wir wollen
- 12 einen Mechanismus, der verlässlich und schnell eine Umverteilung ermöglicht und damit die
- 13 europäische Solidarität stärkt. Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die
- 14 Zulässigkeitsprüfungen, eine systematische Inhaftierung von Asylsuchenden und eine
- 15 Nichteinreisefiktion vorsehen, lehnen wir ab. Auch bei der EU-Kommission treten wir dafür
- 16 ein, dass keine Akteure, wie zum Beispiel die libysche Küstenwache, finanziert werden, um
- 17 eine völker- oder menschenrechtswidrigen Abschottungspolitik durchzusetzen.
- 18 Hafenblockaden und tagelange Wartezeiten auf die Zuweisung eines sicheren Hafens nach der
- 19 Rettung von Menschen aus Seenot sind mit unseren und den europäischen Werten unvereinbar.
- 20 Die Drangsalierung von Schutzsuchenden und Seenotrettungsorganisationen muss beendet werden.
- 21 Das könnte beispielsweise durch ein Pilotprogramm gelingen, bei dem innerhalb des
- 22 Kontingents des Solidaritätsmechanismus Personen in dem Umfang aufgenommen werden, wie sie
- 23 von Schiffen mit deutscher Flagge gerettet werden. So würden Mittelmeerstaaten wie Malta
- 24 keinen Grund mehr für Blockaden haben und wir würden unserer besonderen Verantwortung für
- 25 die Seenotrettung gerecht werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den
- 26 Seenotrettungsleitstellen in Malta und Italien könnte sich dadurch erheblich verbessern,
- 27 denn momentan werden die Organisationen nicht über Seenotrettungsfälle informiert und Anrufe
- 28 ignoriert.
- 29
- 30 Um die Aufnahmebereitschaft in Deutschland zu stützen und fördern, sollten Kommunen und
- 31 Bundesländer, die über ihre Verpflichtungen hinaus Menschen aufnehmen wollen, bei
- 32 Aufnahmeprogrammen berücksichtigt werden. Auch eigene Initiativen zur Aufnahme wollen wir
- 33 ermöglichen und nicht behindern.

Beschluss

Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 15.10.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen, die im Iran
- 2 leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet werden. Wir
- 3 solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz aller
- 4 Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.
- 5 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger*innen-Bewegung stehen national wie
- 6 international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-Aktivist*innen
- 7 und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und
- 8 Bürger*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem Westen“ noch „dem
- 9 Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieft.
- 10 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch das Regime entschieden. Die
- 11 Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie im
- 12 Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger*innen- und Frauenrechte
- 13 systematisch missachtet und verletzt.
- 14 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd*innen, Balutsch*innen,
- 15 Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen
- 16 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere sexuelle
- 17 Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und sogar dem
- 18 Tod ausgesetzt.
- 19 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten, schikaniert
- 20 und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige Gefängnisstrafen
- 21 und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der Amtsübernahme des
- 22 iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi ist die Verfolgung von Frauen durch die sogenannte
- 23 Moralpolizei weiter verschärft worden.
- 24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von
- 25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat allerdings schlicht
- 26 ignoriert. Journalist*innen, Regierungskritiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und
- 27 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne faire
- 28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter und
- 29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen vorenthalten.
- 30 Seit den Protesten von 2019 haben die Justizbehörden des Regimes den Preis für friedlichen
- 31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger*innen und -
- 32 aktivist*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende Missbräuche durch
- 33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von November 2019

34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut eines
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer, Frauen und
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden. Dadurch
37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen, Mitgliedschaft in
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien erzwungen worden.
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich während der
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und
41 hingerichtet.

42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von
43 Menschenrechtsverteidiger*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen, LGBTQI,
44 Journalist*innen, Umweltaktivist*innen, anders Denkenden und Oppositionellen einzustellen.

45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Einhaltung der
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der Bundesregierung,
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das EU-
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes Iran des
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im Asylverfahren zu
50 nehmen, ist folgerichtig.

51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in den
52 Iran für dringend geboten.

53 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in
54 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden kommen
55 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie sehen
56 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass die
57 dreijährige Einreisesperre für diesen Personenkreis aufgehoben wird.

58 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften, bei
59 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,
60 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.

61 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die nach
62 Deutschland geflohenen Iraner*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein Bleiberecht oder
63 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem wollen wir,
64 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte
65 Menschenrechtsverteidiger*innen erteilt werden.

66 Auch in Deutschland versucht das Regime, seine Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen.
67 Durch Ausspähung, Einschüchterung, Überwachung, Hacks und wie im Falle des Terroranschlags
68 im Berliner Restaurant „Mykonos“ sogar bis zur Ermordung von Oppositionellen. Wir stehen den
69 Opfern dieser Aktivitäten zur Seite und werden unseren Beitrag leisten, um diesem Treiben
70 ein Ende zu setzen.

71 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU und
72 gemeinsam mit internationalen Partner*innen zusammenarbeitet, um der iranischen Bevölkerung
73 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu produzieren,
74 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe Beamte des
75 iranischen Regimes müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft
76 gezogen werden. Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für
77 eine Ausweitung von personenbezogenen EU-Sanktionen, also von Einreisesperren und das
78 Einfrieren von Vermögenswerten, ein. Wir prüfen gemeinsam mit unseren internationalen
79 Partnern die Einstufung der für die Gewalt im Iran hauptsächlich verantwortlichen Gruppen
80 der Revolutionsgarden (IRGC) und der Milizen der Basidsch als Terrororganisationen. Diese
81 finanzieren und unterstützen aktiv Terrorgruppen in der Region und bringen dadurch Leid über

82 die Menschen, nicht nur im Iran, sondern auch in Libanon, Syrien, Jemen und Irak. Wir werden
83 unseren Beitrag leisten, ihnen dabei das Handwerk zu legen.

84 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und die
85 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,
86 Menschenrechtsverteidiger*innen und LGTIQ-Aktivist*innen. Auch die Abschaffung inhumaner
87 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die Behandlung
88 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der
89 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 sind überfällig.
90 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen Strafprozessordnung
91 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine
92 Verteidiger*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren im
93 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.

94 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran
95 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen
96 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.

97 Die Menschen im Iran gehen für ein Leben in Gleichberechtigung, Demokratie und Freiheit und
98 gegen die systematische Unterdrückung durch das Regime auf die Strasse. In diesem Kampf
99 werden wir ihnen mit aller Kraft beistehen.

Beschluss

Widerspruchslösung in der Organspende implementieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.10.2022

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die BDK möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, die Maßnahmen des Gesetzes zur
- 2 Verbesserung der Strukturen in der Organspende (GZSO), die vor drei Jahren beschlossen
- 3 wurden, jetzt schnell umzusetzen und um eine Widerspruchsregelung zu ergänzen, um das
- 4 Sterben auf der Warteliste zu beenden.

Beschluss

Voller Schutz der Beschäftigten – auch in kirchlichen Einrichtungen Ein Arbeitsrecht für Alle

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Grüne fordern für die Beschäftigten der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen
- 2 Gleichbehandlung im Arbeitsrecht mit allen anderen Arbeitnehmer*innen. Das individuelle und
- 3 das kollektive kirchliche Arbeitsrecht müssen dringend und umfassend reformiert werden.
- 4 Anstelle innerkirchlicher Regelungen muss der Staat seiner Verantwortung als Gesetzgeber
- 5 gerecht werden.
- 6 Die Ausnahmeregelungen zu Lasten der Beschäftigten im Betriebsverfassungsgesetz und im
- 7 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind nicht akzeptabel. Wir fordern, dass die Verweigerung
- 8 des Schutzes der Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen durch das Betriebsverfassungsgesetz
- 9 in § 118 Abs. 2 BetrVG und durch Personalvertretungsgesetze beendet wird.
- 10 Die gewerkschaftliche Mitbestimmung muss umfassend gefördert werden.
- 11 Der religiöse Verkündigungsbereich bleibt von den Neuregelungen unberührt.
- 12 Die Rechte der Beschäftigten müssen auch in Hinsicht auf die Zulässigkeit von Arbeitskämpfen
- 13 und Flächentarifverträgen gestärkt werden.
- 14 Wir stellen fest: in der bisherigen Regierungszeit sind keine substantiellen Initiativen der
- 15 Koalition auf diesem Gebiet erkennbar. Das kann im Interesse der Beschäftigten nicht weiter
- 16 hingenommen werden.
- 17 Dieses bedeutende Reformthema darf nicht wegen anderer wichtiger Themen: Ukrainekrieg,
- 18 Ökologische Modernisierung, Sicherung der Energiebelieferung mit sozialer Abfederung
- 19 zurückgestellt werden.
- 20 Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass es den drei Koalitionsparteien am nötigen
- 21 Reformwillen zum kirchlichen Arbeitsrecht fehlt und sie vor einer Reform von
- 22 Betriebsverfassungsgesetz und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz zurückscheuen.
- 23 Wir erwarten von der grünen Bundestagsfraktion, dass sie sich mit Nachdruck und im Gespräch
- 24 mit den Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften und Kirchen für die Umsetzung der Gleichstellung
- 25 aller Arbeitnehmer*innen einsetzt und das im Koalitionsvertrag mit SPD und FDP gemachte
- 26 Reformversprechen einlöst.

Beschluss

Sexualisierte Gewalt in religiösen und weltanschaulichen Institutionen konsequent aufklären und künftig verhindern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Bekämpfung, Aufklärung und Aufarbeitung von
- 2 sexualisierter Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen ein. Ebenso
- 3 setzen wir uns für konsequente Prävention gegen jede Form von sexualisierter Gewalt ein.
- 4 Religiöse und weltanschauliche Institutionen sind häufig in sich geschlossene, patriarchal-
- 5 hierarchische Systeme. Strukturelle Defizite vereinfachen Täter*innen die Anbahnung,
- 6 Ausübung und Vertuschung von sexualisierter Gewalt. Diesen Befund erbrachte erneut die
- 7 umfangreiche Missbrauchsstudie der Universität Ulm aus dem Jahr 2019. Der damalige
- 8 Unabhängige Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung (UBSKM), Johannes-Wilhelm Röhrig, der
- 9 die Studie beauftragt hatte, betonte auch in diesem Zusammenhang wiederholt, dass Skandale
- 10 zwar das Leid der Opfer sichtbar machten, dass daraus aber häufig nicht die notwendigen
- 11 Konsequenzen gezogen werden. Über die erschreckend vielen Fälle innerhalb der beiden großen
- 12 Kirchen hinaus gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, dass sexualisierte Gewalt auch in anderen
- 13 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein genauso schwerwiegendes, strukturelles
- 14 Problem darstellt. Jedoch gibt es hierfür nicht einmal erste Pilot-Studien, sondern vor
- 15 allem anekdotische Evidenz. Auch hier behindern patriarchale und hierarchische Strukturen
- 16 die Aufklärung, die bisweilen noch deutlich ausgeprägter sind als in der katholischen Kirche
- 17 und den Individuen – vor allem Frauen und Mädchen – noch deutlich weniger Spielräume lassen.
- 18 Auch diese Gemeinschaften weisen häufig einen defizitären Umgang mit ihrer
- 19 institutionsinternen Dokumentation auf und zeigen genauso wenig Interesse an der
- 20 Aufarbeitung von Gewalttaten.
- 21 Wir erkennen die Bemühungen derjenigen an, die sich innerhalb ihrer Religions- und
- 22 Weltanschauungsgemeinschaften für Prävention, Bekämpfung, Aufklärung und Aufarbeitung von
- 23 sexualisierter Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einsetzen.
- 24 Wir betrachten allerdings mit Sorge, dass es bisher beiden großen Kirchen nicht gelungen
- 25 ist, sexualisierte Gewalt durch hauptamtlich Mitarbeitende sowie durch ehrenamtlich Tätige
- 26 vollständig aufzuarbeiten und Betroffene auf allen Ebenen einzubeziehen. Auch sorgt uns,
- 27 dass viele andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dieser Aufarbeitung noch
- 28 nicht einmal begonnen haben.
- 29 Die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt und im Koalitionsvertrag festgelegt,
- 30 dass bezüglich struktureller sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen, wenn
- 31 erforderlich gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Dieses Erfordernis sehen wir als
- 32 dringend gegeben.

33 Sexualisierte Gewalt betrifft jedoch nicht nur Kinder und Jugendliche. Wir weisen darauf
34 hin, dass gesetzgeberische Maßnahmen für alle betroffenen Menschen notwendig sind.

35 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Gesetzesänderung einzusetzen:

36 §174c Strafgesetzbuch – Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs-
37 oder Betreuungsverhältnisses – wird um einen weiteren Absatz ergänzt:

38 „Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer Person, die ihm zur Beratung oder
39 Begleitung im institutionell religiösen oder weltanschaulichen Kontext anvertraut ist, unter
40 Missbrauch des Beratungs- oder Begleitungsverhältnisses vornimmt oder an sich vornehmen
41 lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einer
42 dritten Person bestimmt.“

43 2. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Verlängerung der Verjährungsfristen bei
44 sexuellem Missbrauch zu überprüfen.

45 3. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, für die Seelsorge im institutionalisierten
46 Kontext analog zu den bestehenden Regelungen für den therapeutischen Bereich gesetzlich
47 fixierte Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten zu schaffen. Die geltenden Regeln zur
48 Verschwiegenheitspflicht sind hierbei zu beachten.

49 4. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Amt der
50 Unabhängigen Beauftragten eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung erhält.
51 Aufarbeitung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit diese angemessen und
52 betroffenenzentriert möglich wird, ist es unabdingbar, dass die aktuellen Strukturen der
53 Unabhängigen Beauftragten qualitativ abgesichert werden. Insbesondere die bei ihrem Amt
54 verankerte Unabhängige Aufarbeitungskommission sowie der Betroffenenrat sind so zu stärken.
55 Die Arbeitsgruppe "Aufarbeitung Kirchen" soll verstetigt und besser ausgestattet werden. Ihr
56 Auftrag soll sich künftig auf alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erstrecken.
57 Sie sollen zur Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe verpflichtet sein. Dies ist nur ein
58 wichtiger Teilbereich der Problematik.

59 Wir wollen auch Aufarbeitungsprozesse in anderen institutionellen Kontexten wie Sport,
60 Kultur, Schule, Jugendhilfe, Jugendverbänden, sowie allen Bereichen der Kinder- und
61 Jugendarbeit, aber auch Aufarbeitung im Kontext der Familie für Betroffene möglich machen.
62 Voraussetzungen für diese Arbeit sind Standards, Strukturen und transparente, verbindliche
63 Kriterien, sodass strukturelle Defizite identifiziert und konkrete Handlungsempfehlungen
64 erarbeitet werden.

65 Betroffenen soll im Rahmen von Aufarbeitungsprozessen eine angemessene Beratung und
66 Begleitung zur Verfügung stehen ebenso wie unabhängige Beschwerdestrukturen. In einer
67 gesetzlichen Grundlage sollen verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Über eine
68 Berichtspflicht im Bundestag soll ein kontinuierliches Monitoring abgesichert und im
69 Ergebnis einer parlamentarischen Debatte zugeführt werden.

70 Analog zur Jugendhilfe soll der Zuständigkeitsbereich der Unabhängigen Beauftragten auf
71 junge Erwachsene bis 27 Jahre erweitert werden. Bei der hieraus folgenden Anpassung der
72 Bezeichnung des Amtes regen wir an, den Begriff des "Missbrauchs" durch den im
73 Koalitionsvertrag verwendeten Begriff der "sexualisierten Gewalt" zu ersetzen.

74 5.) Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, Anknüpfungspunkte an bestehende Strukturen zu
75 prüfen, damit Betroffene Unterstützung erfahren und verbindliche Zuständigkeiten entstehen.
76 Künftig muss der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen werden, dass Menschen jedes
77 Alters von sexualisierter Gewalt betroffen sein können. Wir wollen, dass alle Institutionen
78 hier ihre Verantwortung wahrnehmen.

Beschluss

UN-Biodiversitätskonferenz 2022 - Globales Artensterben stoppen, Ökosysteme wirksam schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Von den acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit sind eine Million vom Aussterben
2 bedroht. Beim Verlust von Arten und Ökosystemen überschreiten wir massiv die planetaren
3 Belastungsgrenzen. Dies hat Auswirkungen auf Nahrungsketten und das Gleichgewicht ganzer
4 Ökosysteme – mit erheblichen Folgen für uns Menschen.

5 Denn die Natur mit ihrer großen biologischen Vielfalt und den damit einhergehenden
6 Funktionen und Leistungen liefert Lebensgrundlage und Wohlstand: Von der Erzeugung
7 hochwertiger Lebensmittel über die Versorgung mit Wasser und sauberer Luft bis hin zur
8 Gewinnung von Baustoffen oder Medikamenten. Wir sind auf das sensible Netz der Arten und
9 Ökosysteme angewiesen. Neben der Klimakrise ist der Verlust der biologischen Vielfalt daher
10 die zweite große ökologische Krise unserer Zeit.

11 ***Ambitionierter globaler Rahmen für die biologische Vielfalt***

12 Die Weltgemeinschaft kann in diesem Jahr die Weichen dafür stellen, das weltweite
13 Artensterben und den Verlust von Ökosystemen zu stoppen. Auf der 15. UN-
14 Biodiversitätskonferenz in diesem Dezember in Montreal, muss ein ambitionierter und
15 umsetzungsorientierter globaler Rahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt ausgehandelt und
16 verabschiedet werden.

17 Die Bundesregierung hat den Schutz der globalen Biodiversität im Koalitionsvertrag als
18 zentrales Zukunftsthema sowie Verpflichtung im Regierungshandeln verankert und ein klares
19 Bekenntnis dazu abgegeben, sich weltweit für einen ambitionierten globalen Rahmen
20 einzusetzen. Daraus folgt, dass die Bundesregierung die Mittel für den globalen
21 Biodiversitätsschutz – der globalen Verantwortung Deutschlands entsprechend – erheblich
22 erhöht. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft wurde der globale Schutz der biologischen
23 Vielfalt bereits erfolgreich auf die Agenda gesetzt. Auf nationaler Ebene hat die
24 Bundesregierung beispielsweise mit den 4 Mrd. Euro im Aktionsprogramm Natürlicher
25 Klimaschutz oder den Artenhilfsprogrammen bereits wichtige erste Schritte gemacht, um ihrer
26 internationalen Verantwortung für den Schutz von wertvollen Ökosystemen und bedrohten Arten
27 nachzukommen.

28 ***Globale Antworten auf die Aussterbekatastrophe***

29 Das Artensterben als globale Krise erfordert globale Antworten. Zahlreiche Hotspots der
30 Biodiversität liegen in Ländern des Globalen Südens. Der Schutz der biologischen Vielfalt
31 muss daher auch weiterhin im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden. Zudem
32 braucht es einen gegenseitigen Wissensaustausch und insbesondere die Einbindung indigener
33 Gemeinschaften, denn Naturschutz ist ohne Einbeziehung der betroffenen Menschen nicht
34 zielführend. Die Rechte traditionell lebender indigener Gemeinschaften müssen gewahrt und

35 ihr Beitrag zum Biodiversitätsschutz muss anerkannt werden. Dafür sind vor allem gesetzlich
36 verbriefte Landrechte zentral. Unter diesen Voraussetzungen kann ein globales Rahmenabkommen
37 ein wichtiger Schritt sein, um das im Entwurf genannte Ziel zu erreichen, weltweit 30
38 Prozent der Land- und Meeresfläche bis 2030 unter Schutz zu stellen bzw. im Einklang mit dem
39 Naturschutz zu nutzen.

40 ***Von der UN-Biodiversitätskonferenz muss ein Signal des Aufbruchs ausgehen***

41 Zur Eindämmung der globalen Aussterbekatastrophe muss daher von der 15. UN-
42 Biodiversitätskonferenz ein klares Signal des Aufbruchs ausgehen. Dies betrifft insbesondere
43 die Verabschiedung eines wirksamen globalen Ziels zur Unterschutzstellung
44 naturschutzfachlich wertvoller Gebiete, Ziele und Maßnahmen zur Landnutzung und Fischerei im
45 Einklang mit der Natur, Zusagen für eine auskömmliche globale Finanzierung des
46 Biodiversitätsschutzes sowie wirksame Mechanismen zur Beteiligung und Wahrung der Rechte
47 indigener und lokaler Gemeinschaften. Ebenso muss ein wirksamer Umsetzungsmechanismus,
48 inklusive effektivem Monitoring und Anreizen zur Ambitionssteigerung entwickelt werden.
49 Neben dem globalen Rahmen braucht es dabei auch weiterhin eine konsequente Umsetzung der
50 Beschlüsse bei uns auf europäischer und nationaler Ebene.

Beschluss

Recht auf Nahrung sichern und Spekulationen stoppen – jetzt mit der Agrarwende für Ernährungssouveränität sorgen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, wie
2 anfällig das globale Ernährungssystem ist. Die Klimakatastrophen durch Dürren und andere
3 Wetterextreme sind in großen Teilen der Welt ein zweiter massiver Treiber der
4 Ernährungskrise. Peter Maurer, Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, stellt bereits
5 heute fest, dass 16 von 25 Einsatzgebieten des Roten Kreuz einen Bezug zum Klimakrise haben.

6 Nicht nur der Mangel an ausreichendem Getreide sorgt für Hunger, sondern hohe Preise machen
7 aus Armut Hunger, denn die Spekulationen auf den Agrarmärkten sind für einen Teil der
8 extremen Preisanstiege verantwortlich. Expert*innen schätzen, dass eine Preissteigerung von
9 30% allein auf Spekulation zurückzuführen ist. Die Liberalisierung der Agrarmärkte hat dazu
10 geführt, dass wenige private Unternehmen Zugriff auf die Getreidereserven haben und es kaum
11 öffentliche Lagerhaltung gibt. So kontrollieren ADM Archer-Daniels Midland, Bunge Ltd,
12 Cargill und Louis Dreyfus Co. und Glencore, zwischen 70 und 90 % des globalen
13 Getreidehandels und somit auch dessen Preisgestaltung. In Europa existieren so gut wie keine
14 staatlichen Getreidereserven mehr. Sowohl die USA als auch Europa haben keine ausreichenden
15 Regeln für die Begrenzung von Spekulationen mit Nahrungsmitteln.

16 Die derzeitige Energieknappheit richtet den Fokus auch auf die Produzenten von mineralischen
17 Düngemitteln. Die Abhängigkeiten von der Industrie im Agrarbereich, mit eine der Ursachen
18 der ungleichen Verteilung, der Preissteigerungen und Verknappung von Getreide in einzelnen
19 Regionen der Welt, müssen dringend reduziert werden. Die massiven Schäden in der Natur durch
20 die intensive Nutzung der Böden und der Wasserkreisläufe kommt hinzu. Intensive Produktion
21 mit chemisch-synthetischen Betriebsmitteln schadet Böden und Wasser. Wir müssen stattdessen
22 klimaresiliente, diverse agrarökologische Anbausysteme – auch international - stärker
23 fördern.

24 In Europa wandern 60% des Getreides in den Futtertrog, gehen 20% in die
25 Agrotreibstoffproduktion (E10, Ethanol, u.a.) und Industrie. Nur 20% des Getreides dienen
26 der direkten menschlichen Ernährung. Solange wir in Europa so verschwenderisch mit Getreide
27 umgehen, tragen wir zur Verschärfung der globalen Ernährungskrise bei.

28 Deshalb brauchen wir dringend ein Agrar- und Ernährungswende, die langfristig unter
29 verschärften Klimabedingungen die Ernährung sichert. Dazu gehören zum Beispiel
30 agrarökologische Anbaumethoden, freier Tausch von Saatgut, Bodenschutz und Humusaufbau und
31 die Förderung von kleinbäuerlicher Produktion und Vermarktung im Globalen Süden. Der Teller
32 - statt Trog, Tank und Tonne - muss Vorrang in der globalen Getreideproduktion haben.
33 Lebenswichtige Ressourcen wie Nahrungsmittel oder Wasser dürfen keine krisenverschärfenden
34 Spekulationsobjekte sein.

35 Bündnis 90/ Die Grünen fordern:

- 36 • Eine stärkere Regulierung der agrarischen Rohstoffmärkte.
37 Unter anderem: Preisaufsicht und Preislimits, Verhinderung exzessiver Spekulation und
38 Positionslimits, Kontrolle der Spekulation der multinationalen Agrarkonzerne,
39 Transaktionssteuer auf Rohstoffterminhandel.
- 40 • Die Einberufung eines Treffens des Welternährungsausschuss.
- 41 • Eine umfassende finanzielle Verpflichtung reicher Staaten zur Stärkung sozialer
42 Sicherungssysteme im Globalen Süden und der Förderung regionaler kleinbäuerlicher
43 Lebensmittelproduktion und –vermarktung.
- 44 • Agrarökologie als ganzheitliches, menschenrechtsbasiertes, transformatives Konzept zur
45 Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und
46 Ernährungssouveränität machen.
- 47 • Einen Schuldenerlass für die von Hunger und Armut am meisten betroffene Länder.
- 48 • Den Einsatz Deutschlands und der anderen G7 Staaten für eine internationale
49 Koordination zur Bekämpfung der verschärften Hungerkrise im Welternährungsrat.
- 50 • Eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Getreide als Futtermittel und ein Ende der
51 Produktion von Agrotreibstoff aus Getreide.
- 52 • Eine Agrarwende, welche die Methoden des Ökolandbaus und der Agrarökologie als
53 nachhaltigste Praxis anwendet, sowie Tierbestände deutlich reduziert und den Anbau von
54 Gemüse und Hülsenfrüchten fördert, und damit die globale Abhängigkeit von
55 Futtermittel-, Dünger-, und Energieimporten langfristig gesenkt werden kann.
- 56 • Eine Ernährungswende zugunsten pflanzenbasierter Ernährung: unter anderem durch
57 entsprechende Angebote in der Gemeinschaftsverpflegung sowie durch die Ausrichtung von
58 Steuern, Abgaben und Subventionen darauf, pflanzliche Lebensmittel günstiger zu
59 machen.
- 60 • Hilfsfonds zur Bereitstellung von organischen Düngemitteln und agrarökologische
61 Beratung auflegen, statt Blanko-Subventionen für chemisch-synthetische Düngemittel
62 auszugeben.
- 63 • Beschleunigung der Maßnahmen zur Diversifizierung der Nahrungsmittelproduktion und zur
64 Umstrukturierung der Handelsströme.
- 65 • Aufbau einer relevanten staatlichen Getreidereserve für Krisenzeiten in der EU.
- 66 • Die Verringerung der Marktmacht transnationaler Agrarkonzerne durch bessere
67 internationale Regulation, den Abbau von Subventionen, einem konsequenten Phase-out
68 der Förderung von AGRA und anderen Programmen, die vornehmlich agrarindustrielle
69 Landwirtschaft im Globalen Süden fördern.

Beschluss

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung durchsetzen - Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Das Recht auf einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nicht
2 gegeben, da dieser nach wie vor im Strafrecht verankert ist. Dies führt dazu, dass
3 Schwangerschaftsabbrüche nicht als Bestandteil der Gesundheitsversorgung verstanden werden
4 und trägt zu einer Stigmatisierung von ungewollt Schwangeren bei. Dabei greift der Staat
5 massiv in die körperliche Autonomie und Selbstbestimmung ungewollt Schwangerer ein. Ebenso
6 gibt es keine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Praxen, die
7 Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

8 Wir als Bündnisgrüne haben unsere Wurzeln in der Frauenbewegung und uns in verschiedenen
9 Beschlüssen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und schwangeren Personen über ihren
10 eigenen Körper eingesetzt. Die Bundesregierung hat den Paragraphen 219a StGB bereits
11 abgeschafft. Gemäß dem Motto der Koalition "Mehr Fortschritt wagen" darf es dabei nicht
12 bleiben. Wir müssen das Recht auf Gesundheitsversorgung, inklusive einer umfassenden
13 Versorgung für ungewollt Schwangere, sicherstellen!

14 Wir fordern eine neue gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des
15 Strafgesetzbuches als Ersatz für § 218 StGB. Damit einhergehend fordern wir, aus der
16 Verpflichtung zur Beratung ein Recht auf Beratung zu machen und die dreitägige Wartepflicht
17 abzuschaffen. Wir wollen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für ungewollt Schwangere
18 erleichtern, die Infrastruktur für freiwillige Beratung dauerhaft absichern und
19 Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung verankern.

20 Mit dieser Zielsetzung fordern wir, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene
21 Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch
22 außerhalb des Strafgesetzbuches erarbeiten soll, umgehend beginnt. Wir fordern, dass sich in
23 der Kommission die Expertise und die Erfahrungen einer großen Bandbreite von Expert*innen
24 widerspiegelt und neben Expert*innen aus der Wissenschaft und Politik, Vertreter*innen aus
25 der Praxis und den Bündnissen für sexuelle Selbstbestimmung einbezogen werden.

26 Die Verortung im Strafgesetzbuch hat zur Folge, dass ungewollt Schwangere derzeit selbst für
27 die Kosten des Abbruchs aufkommen müssen, da ein strafrechtlich geregelter Eingriff nicht
28 von den Krankenkassen übernommen werden kann.

29 Es braucht eine gesetzliche Grundlage, damit der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch als
30 Teil der regelhaften Gesundheitsversorgung anerkannt und in den regulären Leistungskatalog
31 der Krankenkassen aufgenommen werden kann.

32 Die Methode des Abbruchs muss für jede ungewollt schwangere Person frei wählbar sein, auch
33 die Nutzung telemedizinischer Angebote sollte ausgeweitet werden. Um dies zu gewährleisten,

34 müssen die verschiedenen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs in der theoretischen sowie
35 praktischen Ausbildung von Ärzt*innen und medizinischem Personal vermittelt werden.
36 Krankenhäuser unterschiedlicher Träger und gynäkologische Abteilungen müssen die Möglichkeit
37 der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in ihren Einrichtungen sicherstellen. Wir
38 sehen die Bundesländer in der Pflicht, eine bedarfsgerechte Versorgung ungewollt Schwangerer
39 sicherzustellen. Es ist zu prüfen, ob dies beispielsweise über eine genauere Definition des
40 Versorgungsauftrags der Länder im Schwangerschaftskonfliktgesetz (Bundeszuständigkeit) oder
41 eine Ergänzung des Versorgungsauftrags für Plankrankenhäuser (Länderzuständigkeit) umgesetzt
42 werden kann.

43 Die flächendeckende Beratungsinfrastruktur für Familienplanungszentren und
44 Schwangerschaftskonfliktberatung muss durch ein Recht auf freiwillige und ergebnisoffene
45 Beratung sichergestellt werden. Wichtig ist dabei, die ergebnisoffene Beratung durch nicht-
46 konfessionelle Träger zu stärken.

47 Auch der Schutz der Beratungsstellen und Praxen vor sogenannten Gehsteigbelästigungen von
48 Abtreibungsgegner*innen muss durch wirksame gesetzliche Maßnahmen sichergestellt werden.

Beschluss

Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Bund in den nächsten Jahren
- 2 ausreichend finanzielle Mittel für den Radverkehr vorsieht. Laut Nationalem Radverkehrsplan
- 3 sind 30 Euro pro Person pro Jahr erforderlich, davon muss der Bund mindestens ein Drittel
- 4 übernehmen. Perspektivisch streben wir eine Radverkehrsmilliarde an. Dafür müssen in den
- 5 Jahren ab 2023 der Topf für Radwege an Bundesfernstraßen aufgestockt und insbesondere
- 6 ausreichend Mittel für das Programm Stadt&Land bereit gestellt werden.

- 7 Radwege an Bundesfernstraßen müssen ebenso wie die Radinfrastruktur in den Kommunen schnell
- 8 ausgebaut werden können. Die Kommunen brauchen eine Finanzierungs-Perspektive, damit sie die
- 9 Planung von Radverkehrsprojekten aufnehmen oder fortsetzen können. Bund und Länder müssen
- 10 die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus überregionaler Radwege soweit unterstützen, dass
- 11 für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand entsteht.

Beschluss

Kein EU-Geld für Autokraten - Europas Rechtsstaat schützen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Regierung in Ungarn baut gezielt die Demokratie ab. Premierminister Viktor Orbán gründet
2 seine Macht in Teilen auf Korruption und Vetternwirtschaft und nutzt sein Vetorecht als
3 nationalistisches Instrument und schränkt damit die Einheit und Handlungsfähigkeit der EU
4 ein. Die Arbeit freier Medien und die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten werden stark
5 eingeschränkt. In den vergangenen Jahren ließen sich auch in anderen EU-Mitgliedstaaten
6 ähnliche Versuche beobachten, freie Medien zu bedrohen oder die Justiz anzugreifen.

7 Auch die polnische Regierungspartei PiS hat in den vergangenen Jahren einen politischen Kurs
8 eingeschlagen, der die Unabhängigkeit der Justiz gefährlich untergräbt. Urteile des
9 Europäischen Gerichtshofs werden regelmäßig ignoriert. Die PiS-Partei hat die Rechte von
10 Frauen, Angehörigen der LGBTQI-Community, Geflüchteten und vielen anderen angegriffen.

11 EU-Regierungen, die die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte nicht respektieren,
12 sollten mit entsprechenden finanziellen und politischen Konsequenzen rechnen müssen. Das
13 Art. 7 Verfahren, welches zum Entzug des Stimmrechts für Mitgliedstaaten führen kann, ist
14 allerdings durch die notwendige Einstimmigkeit im Rat blockiert. Die Bekämpfung von
15 Missbrauch und Korruption mit EU-Geldern muss jetzt höchste Priorität haben. Die Verknüpfung
16 der Auszahlung von EU-Geldern an Rechtsstaatsprinzipien ist der wichtigste Beitrag der EU,
17 um ein Abgleiten vom gemeinschaftlichen Wertekonsens zu verhindern. EU-Gelder dürfen nicht
18 missbraucht werden, um die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.

19 Ungarn, aber auch Polen, zählen zu den größten Nettoempfängern in der EU. So erhielt Polen
20 im Jahr 2020 13,2 Milliarden Euro aus dem regulären EU-Budget und Ungarn 4,9 Milliarden
21 Euro. Diese Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten ist wichtig, sie fußt aber auf einer
22 gemeinsamen Wertebasis, der sich alle Mitgliedsstaaten mit ihrem Beitritt zur EU
23 verpflichtet haben.

24 Die Europäische Kommission und ihre Präsidentin Ursula von der Leyen sind die Hüterinnen der
25 Europäischen Verträge. Die Kommission ist verpflichtet, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
26 zu verteidigen. Dafür muss sie die nötigen Instrumente nutzen. Wir begrüßen, dass die EU
27 Kommission nun erstmals die Konditionalitäts-Verordnung angewandt hat und Ungarn EU-Hilfen
28 in Höhe von 7,5 Milliarden Euro frieren will. Es ist enorm wichtig, dass dieses neue
29 Instrument rechtlich absolut einwandfrei und gerichtsfest genutzt und nicht beschädigt wird.

30 Über den EU-Wiederaufbaufonds könnten noch weitere 35,4 Milliarden Euro an Polen und 7,2
31 Milliarden Euro an Ungarn fließen. Der zuständige EU-Ministerrat hatte im Juni den
32 polnischen Wiederaufbauplan unter Auflagen genehmigt, ohne dass die polnische Regierung
33 zuvor nennenswerte Justizreformen durchgeführt hat. Damit können nun die 35,4 Milliarden
34 Euro in Tranchen an die polnische Regierung ausgezahlt werden, wenn entsprechende

35 Meilensteine erfüllt werden. Diese Meilensteine sind allerdings umstritten. Die
36 Verhandlungen zwischen Kommission und ungarischer Regierung über die Genehmigung des
37 ungarischen Wiederaufbauplans dauern noch an.

38 Europa muss die Grundrechte der EU-Bürger*innen in allen EU-Ländern verteidigen. Wir müssen
39 dafür sorgen, dass EU-Gelder der Stärkung von Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
40 dienen und nicht in den Taschen von Autokraten und ihren Freunden verschwinden.

41 Wir werben bei unseren europäischen Partnern dafür, dass schwerwiegende und anhaltende
42 Verletzungen der EU-Werte Konsequenzen haben, die über haushaltspolitische Maßnahmen
43 hinausgehen.

44 Wir BÜNDNISGRÜNE fordern:

- 45 • Die EU-Kommission auf, im laufenden Rechtsstaatsverfahren gegen die ungarische
46 Regierung die Suspendierung von EU-Geldern weiter voran zu treiben und bei
47 fortgesetzten Rechtsstaatsverstößen die Suspendierung weiterer Zahlungen zu
48 beschließen;
- 49 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat aktiv für ein solches Vorgehen
50 durch die EU-Kommission zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der
51 Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn einzutreten;
- 52 • Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, die
53 Zahlungsanträge der polnischen Regierung im Rahmen des Wiederaufbaufonds nur zu
54 genehmigen, wenn die vereinbarten Meilensteine erfüllt und die dazugehörigen EUGH-
55 Urteile umgesetzt werden;
- 56 • Die Europäische Kommission auf, den ungarischen Wiederaufbauplan nur in Abhängigkeit
57 der Behebung der durch die EU-Kommission dokumentierten Rechtsstaatsverstöße zu
58 genehmigen;
- 59 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat den ungarischen Wiederaufbauplan
60 nur zu genehmigen, wenn die eklatanten Rechtsstaatsmängel behoben werden;
- 61 • Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge auf, die bestehenden
62 Rechtsstaatsinstrumente konsequent und zeitnah zu nutzen, und die Urteile des
63 Europäischen Gerichtshofs durchzusetzen.

Beschluss

Endlich bedarfsgerechte Psychotherapie!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die vielfältigen Krisen unserer Zeit fordern uns in vielerlei Hinsicht, aber vor allem auch
2 mit Blick auf eine ihrer Auswirkungen: die psychische Gesundheit der Bevölkerung leidet
3 enorm unter der von ihnen ausgelösten Dauerbelastung! Egal ob jung oder alt, der Bedarf nach
4 psychotherapeutischer Hilfe steigt stetig. Aber das Problem ist in keinster Weise neu: Der
5 Mangel an Kassensitzen für Psychotherapeut*innen ist seit Jahren ein Problem und wir müssen
6 endlich handeln! Die WHO Special Initiative for Mental Health läuft nur noch bis 2023. Auch
7 deshalb sollte sich Deutschland als größter staatlicher WHO-Support seiner Rolle im Bereich
8 der psychischen Gesundheit bewusst sein.

9 Es ist wichtig gewesen, dass wir uns dieses Thema ins Wahlprogramm geschrieben und es auch
10 so weit gebracht haben, dass es im Koalitionsvertrag steht, aber bisher wirkliches passiert
11 ist wenig. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: nach einem Bericht der Deutschen
12 Psychotherapeuten Vereinigung ist die Menge der Anfragen von Januar 2020 bis Januar 2021 um
13 ca. 40% gestiegen.

14 Wir fordern:

- 15 • eine deutliche Erhöhung der Anzahl der verfügbaren Kassensitze für
16 Psychotherapeut*innen, denn der Bedarf an mehr Psychotherapieplätzen ist seit
17 Jahrzehnten gegeben und hat sich über die letzten Jahre weiter zugespitzt.
- 18 • wer in Not ist, muss passgenaue Hilfe finden. Darum braucht es ein Bündel an
19 Maßnahmen, um Menschen in seelischen Krisen und mit psychischer Erkrankung schnell die
20 Behandlung zu bieten, die sie brauchen. Hierfür müssen bessere und niedrigschwellige
21 Zugänge geschaffen werden. Bestehende Hilfsangebote müssen, insbesondere für die
22 schwer und chronisch psychisch kranken Menschen, stärker vernetzt werden. Für Menschen
23 in akuten Krisen müssen die psychiatrischen Krisendienste schnell und flächendeckend
24 ausgebaut werden.
- 25 • die Zugänglichkeit von Psychotherapiestunden für Geflüchtete deutlich zu verbessern
26 und Therapieplätze in verschiedenen Sprachen anzubieten. Insbesondere Menschen die aus
27 Kriegsgebieten geflohen sind leiden häufig unter Kriegs- und/oder Fluchttraumata bei
28 deren Bewältigung sie Unterstützung benötigen.
- 29 • die Anpassung der Maximalstunden für Psychotherapie an den individuellen Bedarf der
30 Patient*innen und eine Ausweitung der Akutbehandlung.

- 31 • die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen weiter konsequent und unter
32 Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle voranzutreiben. Insbesondere den Ausbau der
33 entsprechenden Bildungsarbeit sehen wir als einen wichtigen Teilaspekt bei der
34 Erreichung dieses Ziels. So gilt es speziell Lehrkräfte entsprechend weiterzubilden um
35 sie zu befähigen im Rahmen des schulischen Unterrichts an der Entstigmatisierung
36 psychischer Erkrankungen mitzuwirken.
- 37 • angemessene finanzielle Rahmenbedingungen für Psychotherapeut*innen in Ausbildung und
38 Weiterbildung für eine nachhaltige Nachwuchsförderung.

39 Unser Ziel muss es sein, dass psychischen Beschwerden genauso wenig ein gesellschaftliches
40 Stigma anhängt als dies bei körperlichen Leiden der Fall ist und dass ein Besuch beim
41 Psychotherapeuten bei psychischen Beschwerden genauso akzeptiert ist wie der Besuch der/des
42 Hausärzt:in bei physischen Leiden. Entsprechend kann es auch nicht Sein, dass Menschen die
43 in der Vergangenheit eine psychotherapeutische Behandlung durchlaufen deswegen Nachteile in
44 ihrem weiteren beruflichen Werdegang entstehen, bspw. wenn sie zu einem späterem Zeitpunkt
45 eine Verbeamtung anstreben sollten.

Beschluss

Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.10.2022
Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

- 1 Die Klimakrise ist jetzt. Der Sommer hat uns erneut vor Augen geführt: Wetterextreme häufen
2 sich und werden immer gefährlicher. Die Hitzewellen des Jahres 2022 hatten Regionen auf
3 allen Kontinenten wochenlang im Griff, auch hier in Deutschland hatten wir mit
4 Temperaturrekorden zu kämpfen. Symptomatisch erlebten wir beispielsweise in Brandenburg,
5 Sachsen und am Brocken in Sachsen-Anhalt gefährliche Wald- und Flächenbrände; es waren
6 Evakuierungen und Löscharbeiten notwendig, die unsere Rettungskräfte an ihre Grenzen
7 brachten. In weiten Teilen Europas wurden Flüsse zu Rinnsalen. Auch in Spanien und Italien
8 loderten verheerende Waldbrände in ungekanntem Ausmaß, während Länder wie Pakistan von
9 schier unbändigen Überschwemmungen heimgesucht wurden.
- 10 Die Flut im Ahrtal ist derweil erst ein Jahr her – eine Katastrophe, deren Zerstörungen wir
11 bis heute bewältigen müssen. Menschen trauern um ihre Angehörigen, noch immer sind viele
12 ohne neue dauerhafte Unterkunft und haben Angst vor neuen Starkregenereignissen.
- 13 Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass Extremtemperaturen, die sich ohne die
14 menschengemachte Klimaerhitzung einmal pro Jahrzehnt entwickeln würden, heute fast dreimal
15 so oft passieren, länger andauern und mit bis zu 1,2 Grad deutlich heißer sind. Die Folge:
16 Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und eine zunehmende Zahl von Hitzeopfern. So
17 war der Juni 2022 weltweit der drittheiße Monat seit Beginn der Aufzeichnungen, in Europa
18 sogar der zweitheiße. Bundesweit sehen sich immer mehr Kommunen gezwungen, den
19 Klimanotstand auszurufen, den auch das Europäische Parlament bereits ausgerufen hat. Auch
20 die Weltmeere erhitzen sich in einem dramatischen Tempo. Wissenschaftler*innen gehen davon
21 aus, dass erste Kipppunkte wie das Abschmelzen der Gletscher auf Grönland oder der
22 Westantarktis wahrscheinlich bereits bei einer Erderwärmung um die 1,5 Grad nicht mehr
23 aufgehalten werden können. Mit jedem Zehntelgrad Erwärmung werden die Folgen immer
24 katastrophaler. Es gilt daher, um jedes Zehntelgrad zu kämpfen.
- 25 Die drohende Heißezeit und der drastische Verlust biologischer Vielfalt stellen nicht weniger
26 als unsere Lebensgrundlagen in Frage und sind damit die größten Gefahren für unsere Zukunft.
27 Hitze und Dürre haben einschneidende Folgen für Mensch und Natur, für die Umwelt, für
28 Infrastruktur und Wirtschaft. Die mit der Überhitzung und mit dem gravierenden Arten-
29 Aussterben verbundenen multiplen Krisen verstärken sich gegenseitig, schränken unsere
30 Handlungsfähigkeit – und damit unsere Freiheit ein. Das zunehmend unwirtliche Klima und der
31 Verlust gesunder Natur bedrohen das Leben und die Heimat von Millionen von Menschen schon
32 heute. Das gilt umso mehr für die kommenden Generationen.
- 33 Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vor anderthalb Jahren wurde erneut klar: Die
34 Klima-Frage ist eine Frage der Erhaltung unserer Freiheit. Ein Leben in Frieden, Freiheit
35 und Sicherheit ist in Deutschland und weltweit nur durch konsequenten Klimaschutz möglich.

36 Und: Die Menschen in den Ländern, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden am meisten
37 unter den Folgen der Klimakrise. Klimaschutz ist deshalb immer auch ein Beitrag zu mehr
38 globaler Gerechtigkeit.

39 Die Weltgemeinschaft hat sich mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zur Rettung
40 unserer Lebengrundlagen bekannt und sich im Pariser Klimaabkommen ganz konkret darauf
41 festgelegt, die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.
42 Dafür ist es notwendig, die Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts zu
43 erreichen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad
44 zu bringen. Wir Grüne stehen dafür, die notwendigen Schritte in allen Sektoren und auf allen
45 politischen Ebenen zu gehen, damit das gelingt. Dafür wurden wir in die Verantwortung
46 gewählt. Dieser Aufgabe fühlen wir uns verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir Politik
47 machen. Es ist die Aufgabe unserer Zeit.

48 Die Klimakrise ist eine Menschheitsaufgabe: Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen sozial-,
49 geschlechter- und global gerechten Klimaschutz, der uns und kommenden Generationen die
50 Freiheit erhält.

51 **Das Ziel fest im Blick**

52 Die Ausgangslage könnte kaum herausfordernder sein. Der Ausstoß von Treibhausgasen wurde in
53 der Vergangenheit nur unzureichend gemindert. Wichtige klimapolitische Ziele, die wir uns in
54 Deutschland und weltweit gesetzt haben, werden absehbar verfehlt werden. In den letzten
55 Jahren ist zu viel versäumt und bewusst behindert worden. Es wurden viel zu wenige und meist
56 wirkungsschwache Anstrengungen unternommen, die erneuerbaren Energien auszubauen, uns von
57 fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und
58 konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen. Sonst wären wir jetzt besser
59 vorbereitet auf die aktuellen Krisen. Umso größer und dringender ist der Handlungsbedarf in
60 den kommenden Jahren.

61 Gleichzeitig zwingt uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine –
62 mit all seinen Folgen für die Versorgungssicherheit – neue Wege zu gehen. Zum festgesetzten
63 Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, kommt nun hinzu, die Abhängigkeiten von russischen
64 Energiequellen schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit für
65 Verbraucher*innen und Wirtschaft, Industrie und öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten.

66 Dafür drosseln wir schon heute den Gasverbrauch, diversifizieren unseren Energieimport und
67 bauen schwimmende LNG-Anlandepunkte, für die wir jedoch keine Langzeitverträge ohne 1,5-
68 Grad-Perspektive abschließen. Feste reine LNG-Terminals brauchen wir nicht. Wir streben daher
69 für alle Standorte an, dass von Beginn an auch Wasserstoffderivate, wie z.B. grüner
70 Ammoniak, genutzt werden können. So vermeiden wir einen teuren fossilen Lock-In. Grüner
71 Wasserstoff ist extrem energiewaufwendig und wird immer ein kostbares Gut bleiben. Die
72 Verwendung von grünem Wasserstoff muss daher auf die Bereiche konzentriert werden, in denen
73 es noch keine guten Alternativen dazu gibt, wie etwa in der Industrie. Für den Notfall
74 bleiben zudem Kohlekraftwerke etwas länger in der Reserve. Vor allem aber vervielfachen wir
75 das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist, 100 Prozent erneuerbare
76 Energien bis 2035 zu erreichen. Um die Energieversorgung in Deutschland komplett darauf
77 umzustellen, intensivieren wir die Effizienzmaßnahmen und reduzieren unseren Verbrauch durch
78 Energieeinsparungen. So ermöglichen wir das nötige, noch schnellere Ende von russischen
79 Gasimporten und fossilen Energieimporten insgesamt. Öl-, Kohle-, Erdgas- und Uranerzeugung
80 beruhen weltweit auf Ausbeutung und Vertreibung. Aus dieser fatalen Logik wollen wir so
81 schnell wie möglich aussteigen. Unkonventionelles Fracking gefährdet die Umwelt. Außerdem
82 würde es Jahre dauern solche Vorkommen in Deutschland zu erschließen, es würde also in der
83 aktuellen Situation und auf absehbare Zeit gar nicht weiterhelfen. Es bleibt in Deutschland
84 verboten.

85 Gerade weil wir jetzt schwierige Schritte gehen müssen, ist es so wichtig, dass wir
86 schneller werden beim Ausbau der Erneuerbaren. Das Tempo der Emissionsminderungen muss sich
87 gegenüber dem Status quo in den kommenden Jahren insgesamt mehr als verdoppeln und dann bis
88 2030 nahezu verdreifachen, damit wir die Ziele im Bundesklimaschutzgesetz erreichen.

89 Durch eine fehlgeleitete Energiepolitik im vergangenen Jahrzehnt ist die sichere
90 Energieversorgung in Deutschland gegenwärtig eine der größten Herausforderungen. Eine
91 zentrale Ursache liegt in der fundamentalen Abhängigkeit von Russlands fossilen
92 Energieträgern, für welche die vorangegangenen Regierungen die Verantwortung tragen. Die
93 energiepolitische Abhängigkeit von Russland schwächt Deutschland und Europa, mindert unsere
94 Freiheit, unsere Unabhängigkeit und senkt unsere Fähigkeit, nachhaltig, also im Einklang mit
95 den planetaren Grenzen und der Freiheit zukünftiger Generationen zu wirtschaften. Die
96 konsequente politische Schlussfolgerung daraus ist der beschleunigte Ausstieg aus der Kohle
97 bereits im Jahr 2030 und eine Stromversorgung, die 2035 auf 100 Prozent Erneuerbaren
98 basiert. Die heutige Situation zeigt uns, dass wie beim Kohleausstieg auch ein endgültiger
99 Abschied von fossilem Erdgas im Einklang mit unseren Klimazielen notwendig ist. Das ist
100 nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der Energieunabhängigkeit,
101 sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

102 Mit der kürzlich geschlossenen Vereinbarung wird für das Rheinische Braunkohlerevier der
103 Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorgezogen - rechtssicher und entschädigungsfrei. Das ist
104 ein wichtiger Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Damit schreiben die grün-geführten
105 Wirtschaftsministerien in Land und Bund das Schlusskapitel von 150 Jahren Braunkohlebergbau
106 im Rheinland. Zusätzlich zu den bereits erfolgten Tagebauverkleinerungen bleiben so weitere
107 Millionen Tonnen Kohle unter der Erde. Der Hambacher Wald wird in einem Biotopverbund
108 gesichert.

109 Diese Vereinbarung zu erreichen war ein Kraftakt, der auch durch die langjährige Arbeit der
110 Menschen und Bewegungen vor Ort ermöglicht wurde.

111 Den vielen vor dem Abbau geretteten Dörfern und Höfen – Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich,
112 Unterwestrich und Berverath sowie die Holzweiler Höfe Eggeratherhof, Roitzerhof und Weyerhof
113 – wird eine neue selbstbestimmte Perspektive eröffnet. Dort werden nun keine Umsiedlungen
114 mehr gegen den Willen der Betroffenen vollzogen. Bitter ist, dass der Ausbau der
115 Erneuerbaren nicht vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht
116 bereits in der letzten Legislatur geklärt wurde, um so noch rechtzeitig die Voraussetzungen
117 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann.

118 Wir wollen weitere Einsparmöglichkeiten ausschöpfen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien
119 noch schneller vorantreiben, um so die Nutzung von Kohlekraftwerken überflüssig zu machen.

120 Wir setzen uns dafür ein, dass die Braunkohle wo immer möglich im Boden bleibt. Im
121 Ausstiegsfahrplan muss daher bei den Überprüfungszeitpunkten eine weitere Beschleunigung des
122 Kohleausstiegs geprüft werden. Wir suchen weiterhin das Gespräch mit der
123 Klimagerechtigkeitsbewegung, um den Klimaschutz voranzubringen. Es wird jetzt gerade auch
124 darauf ankommen, den Kohleausstieg auch im ostdeutschen Revier auf 2030 vorzuziehen.

125 **Mit Plan und Pragmatismus zum Ziel**

126 Wir konnten in den ersten Monaten der Ampel-Regierung schon vieles auf den Weg bringen. Wir
127 haben im Bund und in Europa zahlreiche Blockaden gelöst und Deutschland zum Motor in Sachen
128 erneuerbarer Energieerzeugung gemacht. Das beschlossene Gesetzespaket zur Novelle des
129 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Bundesnaturschutzgesetzes, das Wind-auf-See-
130 Gesetz und das Wind-an-Land-Gesetz werden den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Wahrung
131 hoher ökologischer Schutzstandards endlich wieder deutlich beschleunigen. Begleitend werden
132 wir mit nationalen Artenhilfsprogrammen alles Notwendige tun, um betroffene Bestände in
133 einen guten Erhaltungszustand zu bringen.

134 Die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftanlagen, für mehr Solar auf den Dächern und für
135 mehr Bürger*innenenergieprojekte wurden massiv verbessert. Zwei Prozent der Landesfläche
136 sollen künftig für Windenergie genutzt werden und Ökostrom-Anlagen bekommen gegenüber
137 anderen Nutzungsformen eine deutlich höhere Priorität. Dazu wurde im EEG festgeschrieben,
138 dass Erneuerbare von überragendem öffentlichem Interesse und auch im Interesse der
139 öffentlichen Sicherheit sind. Damit werden Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt.
140 Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten konsequent vor Ort und in den Ländern umzusetzen.

141 Auf europäischer Ebene haben wir die Weichen für mehr Klimaschutz im Verkehr gestellt. Wir
142 haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für neu zugelassene Pkw der fossile
143 Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Vergangenheit angehört. Denn insbesondere im Verkehr
144 gibt es aufgrund von jahrzehntelangem Stillstand enormen Nachholbedarf.

145 Deutschland soll bereits 2030 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen – und
146 im gleichen Maße unabhängig von fossilen Importen werden. Gleichzeitig schließen wir endlich
147 die Lücke zwischen Notwendigkeit und Realität: Wären wir bereits heute so weit, wie es
148 klimapolitisch notwendig wäre, wären wir bedeutend weniger abhängig von Putins Öl und Gas.

149 Wir Grüne gehen diesen gesetzten Auftrag mit Mut, Kooperationswillen und
150 Verantwortungsbewusstsein an. Als Teil der Bundesregierung und als Partei, die dem
151 Gemeinwohl verpflichtet ist – und Verantwortung für die ganze Gesellschaft übernimmt. Wir
152 müssen die Klimaziele erreichen, um die Freiheit und Würde der Menschen zu bewahren.

153 Wir haben im Koalitionsvertrag erreicht, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr ein
154 Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringt, das alle für das Erreichen der Klimaziele
155 2030 notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen umfasst. Gerade angesichts der sich
156 immer weiter verschärfenden Klimakrise muss die Bundesregierung dieses Programm nun
157 unverzüglich vorlegen; alle Bundesministerien und Koalitionspartner sind aufgefordert,
158 konstruktiv und ohne Scheuklappen die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

159 Zudem sollten, wie im Koalitionsvertrag verabredet, die einzelnen Sektoren ihrer
160 Verantwortung gerecht werden. Denn mit diesen Maßnahmen setzen wir das klare Signal, dass
161 wir die Klimaziele in allen Sektoren erreichen müssen. Paris-konforme Klimaneutralität lässt
162 sich nur erreichen, wenn die Emissionen in allen Sektoren schnell beendet werden.

163 Gerade wegen des Krieges gegen die Ukraine und der immer stärker wahrnehmbaren Folgen der
164 Klimakrise mögen manche zweifeln, ob all das zu erreichen ist. Schon wieder sagen manche,
165 dass es jetzt Wichtigeres gebe. Aber genau diese Haltung hat uns an den Punkt gebracht, an
166 dem wir jetzt stehen. Die Klimakrise wartet nicht. Ob sie zur Klimakatastrophe wird oder
167 nicht, entscheiden wir, hier und heute. Wir entscheiden es unter schwierigen Bedingungen,
168 aber mit aller Entschlossenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Kopf in den Sand zu
169 stecken. Vielmehr ist es unsere Verantwortung, unsere Pflicht, zielgerichtet, pragmatisch
170 und ohne Tabus, beherzt und konsequent das zu tun, was nötig ist, um uns alle vor der
171 Klimakatastrophe zu bewahren. Dafür arbeiten wir.

172 Doch das schaffen wir nicht allein, auch nicht als Regierungspartei. Wir brauchen dafür
173 nicht nur die Unterstützung unserer Koalitionspartner, unserer internationalen Partner*innen
174 und unserer Partner*innen in Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, in Ländern und Kommunen,
175 sondern auch den Druck der Zivilgesellschaft, der Bewegungen und Verbände, die uns immer
176 wieder daran erinnern, was noch mehr nötig und möglich wäre. Und wir brauchen das Vertrauen
177 und die Mithilfe der Menschen in diesem Land. Die Menschheitskrise Erderhitzung betrifft uns
178 alle, und nur gemeinsam können wir sie in den Griff bekommen.

179 **Mit Erneuerbaren raus aus Energiepreisspirale und Klimakrise**

180 Die Energiewende – und damit die 100-prozentige Versorgung aus Ökostrom – ist der Garant für
181 bezahlbare Energiepreise für alle, für Energiesicherheit und damit gegen viele Bedrohungen
182 der multiplen Krisen unserer Zeit. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für die weitere
183 Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren und ihrer effektiven Systemintegration ein.

184 So wollen wir den Ausbau der Photovoltaik auf 25 Gigawatt (GW) pro Jahr steigern und die
185 Windkraft an Land auf 15 GW pro Jahr bis zum Jahr 2025. Wind auf See wollen wir bis 2035 auf
186 60 GW ausbauen und zusätzlich 25 GW durch unseren Anteil an europäischen
187 Gemeinschaftsprojekten.

188 Um Wind und Sonne effizient zu nutzen, beschleunigen wir den Einstieg in ein
189 sektorübergreifendes Energiemarktdesign, zusammen mit der europäisch integrierten
190 dezentralen Planung von Strom-, Wärme und Wasserstoffnetzen. Wir brauchen ergänzend und
191 netzstabilisierend regional differenzierte Märkte.

192 Wir wollen die strategische Einbindung der energieintensiven Industrien zur Dynamisierung
193 der Transformation und den gezielten Aufbau einer krisensicheren europäischen erneuerbaren
194 Energieindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette für Photovoltaik, Windenergieanlagen,
195 Wärmepumpen, Elektrolyseure und Speicher inklusive deren Vorprodukte.

196 Wir setzen einen Schwerpunkt auf den beherzten Umbau der Wärme- und Gebäudeinfrastruktur,
197 inklusive der Einführung eines Solarstandards, der die Ausbauziele sozial gerecht
198 unterstützt und des Aus- und Umbaus von Wärmenetzen, um auf Basis niedrigerer
199 Temperaturniveaus die Verteilung von erneuerbaren Energien und Abwärme effizient zu
200 ermöglichen

201 **Klimaschutz gestalten: gemeinsam, fair, gerecht**

202 Klimaschutz und die konsequente Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft kann nur
203 gelingen, wenn wir sie für alle möglich machen. Wie das gehen kann, haben wir im Sommer
204 gesehen, als es mit dem 9-Euro-Ticket plötzlich für viele Menschen erschwinglich war,
205 öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und damit auch noch Geld für andere Ausgaben zu sparen.
206 Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen den Mehrwert der Transformation spüren.

207 Gerade jetzt muss ein CO₂-Preis mit einem sozial-gerechten Ausgleich dafür sorgen, dass
208 notwendige Entlastung finanziert und eine klimagerechte Wirtschaft gefördert werden können.
209 Zu einer solchen sozial gerechten Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis gehört das
210 Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – jetzt schnell gemeinsam mit
211 unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Das Finanzministerium muss dazu bis Ende des
212 Jahres einen Mechanismus vorlegen, der schnell, pragmatisch und effizient Direktzahlungen
213 ermöglicht, die alle Bürger*innen erreichen, und der anlassbezogen auch für andere
214 Entlastungen genutzt werden kann. Dazu müssen alle beteiligten Behörden eng
215 zusammenarbeiten. Energiekostenentlastungsmaßnahmen dürfen nicht diejenigen begünstigen, die
216 viel Energie verbrauchen und keine Unterstützung benötigen, sondern müssen sozial gezielt
217 erfolgen und Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz bieten.

218
219 Die vom Bundeskabinett beschlossene Einrichtung eines direkten Auszahlungsweges an alle
220 Bürger*innen kommt aber bisher nicht schnell genug voran. Wir erwarten, dass
221 schnellstmöglich ein funktionierendes System eingerichtet wird. Schon heute ist die
222 leistungsfähige Infrastruktur der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit in der Lage,
223 sowohl viele Millionen Überweisungen pro Tag auszuführen als auch Lösungen für Menschen ohne
224 eigenes Konto bereitzustellen. Dieser etablierte Direktauszahlungskanal könnte zusätzlich
225 kostengünstig und schnell für die Auszahlung des Klimageldes und ähnlicher
226 Entlastungszahlungen an alle Bürger*innen angepasst und genutzt werden.

227 Bei der Internalisierung externer Kosten muss die öffentliche Hand vorangehen. Ein Schatten-
228 CO₂-Preis, der die generationsübergreifenden Wohlfahrtsverluste und Kosten durch
229 Klimafolgeschäden berücksichtigt, soll Entscheidungsgrundlage bei
230 Wirtschaftlichkeitsberechnungen staatlicher Investitionen werden.

231 Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen heißt auch, dass klimagerechtes Wirtschaften und die
232 Dekarbonisierung der Industrie wettbewerbsfähig werden. Dafür braucht es grüne Leitmärkte
233 und Investitionssicherheit, zum Beispiel durch Beschaffungsquoten für klimaneutrale
234 Grundstoffe und Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, die den
235 Unterschied zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
236 finanzieren.

237 Damit und mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Sektorziele hat die Industrie die
238 Planungssicherheit, die sie braucht, um die Produktion klimaneutral umzubauen. Die
239 tiefgreifende Transformation der gesamten Industrie, speziell der Grundstoffindustrie und
240 aller energieintensiven Branchen, nutzen wir als Innovationstreiber für nachhaltige
241 Technologien und für den Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, die auf erneuerbaren Energien
242 basiert. Europa kann sich in großen Teilen sowohl selbst aus heimischen erneuerbaren
243 Energiequellen versorgen, als auch die dafür notwendige Technik wieder verstärkt selbst
244 produzieren. Ein resilienter europäischer erneuerbarer Industriekern sichert die
245 Energiewende ab und wir gestalten diesen sozial ausgewogen mit gut bezahlten, zukunftsfesten
246 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden wir mit anderen Ländern Energiewende-Partnerschaften auf
247 Augenhöhe forcieren.

248 Niedriger Energieverbrauch und erneuerbare Energieerzeugung in Gebäuden verringern
249 finanzielle Risiken und liefern einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur
250 Energiewende. Wir verbessern dazu die Rahmenbedingungen für Bürger*innen-
251 Energiegemeinschaften und Eigeninitiative wie bei Balkonsolaranlagen, entbürokratisieren den
252 Mieterstrom und stärken kommunale Beteiligung. Wir setzen uns für eine klimagerechte
253 Neubauoffensive ein. Deshalb wollen wir die Anhebung der linearen Abschreibung für den Bau
254 neuer Wohnungen an wirksame energetische und nachhaltige Standards, mindestens den
255 energetischen Standard eines KfW-Effizienzhauses 40, knüpfen. Damit setzen wir Anreize für
256 einen klimagerechten Neubau und ermöglichen, dass Mieter*innen und Hausbauer*innen durch die
257 besseren Energiestandards langfristig niedrigere Energiekosten haben.

258 Kommunen und Landkreise werden wir bei Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise
259 und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse unterstützen. Wir
260 fördern Initiativen sowohl zur Dach- und Fassadenbegrünung als auch zur Entsiegelung von
261 Flächen, um den Wasserhaushalt besser zu regulieren. Ein gesundes Wohnumfeld und der Schutz
262 der Bevölkerung in Katastrophenlagen hat für uns oberste Priorität und muss gewährleistet
263 werden.

264 **Energiemarkt, Netzausbau und Arbeitsmarkt: Erneuerbare im Mittelpunkt**

265 Um 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, brauchen wir ein
266 sektorübergreifendes Energiemarktdesign. Zugleich steigt für die nötige Sektorenkopplung die
267 Notwendigkeit eines stabilen, leistungsfähigen Stromnetzes weiter an.

268 Daher werden wir den Plan für den Ausbau der Übertragungsnetze kontinuierlich an neue
269 Herausforderungen anpassen und mit dem Rück- und Umbau des Gasnetzes sowie dem Aufbau eines
270 grünen Wasserstoffnetzes koordinieren. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir die Prozesse
271 so intensivieren, dass kürzere Verfahren zu einer besseren Planung und Beteiligung der
272 Menschen vor Ort führen. Die Netzentgelte werden wir so reformieren, dass sie die
273 Transformation zur Klimaneutralität fördern und die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren
274 Energien fair verteilen.

275 Beim Ausbau des Verteilnetzes wird eine vorausschauende Planung zur Pflicht und eng an den
276 Ausbau von E-Mobilität, Wärmepumpen und Erneuerbaren gekoppelt. Netzanschlüsse werden
277 schneller gebaut und digitalisiert. Flexible Strom- und Wärmespeicher in Dörfern und
278 Quartieren sichern die Versorgung und minimieren den notwendigen Netzausbau. Schließlich
279 wollen wir Stromspitzen kostengünstig über Power-to-Heat-Technik zur Wärmeerzeugung und zur
280 Umwandlung in andere Energieträger einsetzen.

281 Eine auf 100 Prozent Erneuerbaren basierende Energieversorgung funktioniert nur europäisch.
282 Das über ganz Europa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, das kommt selten vor.
283 Daher müssen wir die europäischen Netze stärken und die Erneuerbaren in ganz Europa zum
284 Standard machen.

285 Ein passgenaues und damit sektorenübergreifendes Energiemarktdesign, das die ganze
286 Akteursvielfalt im Blick hat, ist das Herzstück eines vollständig auf Erneuerbaren
287 basierenden Energiesystems. Die Verwerfungen in der aktuellen Krise zeigen einmal mehr, dass
288 hier dringender Handlungsbedarf besteht, den wir zusammen mit Wissenschaft und Wirtschaft
289 adressieren.

290 Von den letzten Bundesregierungen wurde eine unübersichtliche Bürokratie aufgebaut, die den
291 Ausbau der Erneuerbaren ausbremste. Diese bauen wir systematisch ab. Insbesondere
292 Privatleute und Bürger*innenenergie-Gemeinschaften befreien wir von den Fallstricken
293 unkalkulierbarer Ausschreibungen und Anmeldeprozessen. Das auf europäischer Ebene
294 verankerte Recht auf Energy Sharing, also die gemeinsame Nutzung Erneuerbarer Energien durch
295 Energiebürger*innen und -gemeinschaften, werden wir schnellstmöglich auch in Deutschland
296 ermöglichen. So wollen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass Agri-PV-Anlagen
297 möglichst unbürokratisch auch in Landschaftsschutzgebieten unter Berücksichtigung von
298 ökologischen Aspekten errichtet werden dürfen. Und wir setzen uns dafür ein, dass die
299 Voraussetzungen für "Kleinstanlagen" bis 1 kW installierter Leistung erheblich vereinfacht
300 und besser unterstützt werden. Die Erneuerbaren machen wir damit zum Gewinnerthema auf dem
301 Land und in der Stadt. Kommunen werden bei Windkraft stärker beteiligt und die Menschen vor
302 Ort können sich zu fairen Bedingungen bei Solarprojekten engagieren. Auch der Allgemeinheit
303 vor Ort sollen die Einnahmen aus den Erneuerbaren zugute kommen durch Investitionen in
304 nachhaltige Infrastruktur wie Kindergärten und Radwege, damit auch insbesondere Menschen mit
305 geringem Einkommen profitieren. Das schafft Akzeptanz.

306 Auch zum Stromnetz, dem Rückgrat der Sektorenkopplung, wollen wir einen fairen Zugang für
307 alle. Die Stromleitungen brauchen eine effiziente Auslastung, um die Kosten gering zu
308 halten. Wir binden insbesondere die energieintensive Industrie strategisch in die
309 Beschleunigung der Transformation ein. Durch die Flexibilisierung des Verbrauchs und der
310 Eigenstromerzeugung kann die notwendige gesicherte Leistung schnell signifikant gesenkt
311 werden. Alle Vorgaben richten wir dazu entsprechend neu aus, insbesondere die
312 Netzentgeltbefreiungen der sogenannten 7.000h Regel. Die Landwirtschaft wird dazu mit einer
313 weiteren Öffnung für Freiflächenanlagen, Agri-PV und flexiblen Biogasanlagen noch stärker
314 Teil der Energiewirtschaft, der Verkehr zum flächendeckenden Großabnehmer – und über
315 Rückeinspeisung zum wichtigen Stabilisator unserer Netze. Gebäudewirtschaft liefert
316 Solarstrom vom Dach und heizt mit Wärmepumpen.

317 Die Energiewende schafft hunderttausende Arbeitsplätze, sie benötigt aber auch viele neue
318 Fachkräfte in kurzer Zeit. Damit das gelingen kann, wollen wir eine gezielte
319 Qualifizierungs- und Ausbildungsoffensive starten, das Handwerk in allen Stufen des
320 Bildungs- und Ausbildungssystems attraktiver machen, und Geflüchteten und Migrant*innen die
321 Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

322 **Wärmewende: effizient und erneuerbar**

323 40 Prozent der Klimagase werden in Deutschland durch Gebäude ausgestoßen. Wir legen deshalb
324 einen Schwerpunkt auf ökologisches Heizen, Bauen und vor allem Sanieren. Nur so können wir
325 es schaffen, die kumulierte Lücke von 152 Millionen Tonnen CO₂ zu den Klimazielen der
326 Bundesregierung bis 2030 im Gebäudebereich zu schließen.

327 Es ist deshalb klima-, energie- und sicherheitspolitisch nicht haltbar, dass die Gasheizung
328 die vorherrschende Wärmetechnik bleibt, mit einem Marktanteil von aktuell über 70 Prozent.
329 Und sie entwickelt sich auch für die Verbraucher*innen immer mehr zur Kostenfalle. Heizen
330 muss zügig klimaneutral werden. Deshalb haben wir die Förderung von Gasheizungen eingestellt
331 und streben das Ende von Neuzulassungen in Neubauten an; ab 2024 gilt eine Mindestquote von
332 65 Prozent Erneuerbaren für neue Heizungen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll die
333 Wärmeenergie in Deutschland bis 2030 mindestens zur Hälfte erneuerbar erzeugt werden.

334 Dazu brauchen wir alle erneuerbaren Technologien. Wir unterstützen deshalb die EU-Strategie,
335 die jährliche Wärmeerzeugung aus Solarthermie bis 2030 zu verdreifachen und wollen deshalb
336 eine Regelung schaffen, die den Beitrag von solarthermischen Kollektoren zur 65%-
337 Mindestquote praxisgerecht regelt.

338 Die gesetzlichen Mindesteffizienzstandards im Neubau und Bestand werden wir mit der Reform
339 des Gebäudeenergiegesetzes anheben und auf den Klimaschutzpfad bringen. Erneuerbare Energie
340 für Wärme und Kühlung soll schnell das neue Normal werden. Perspektivisch wollen wir jedes
341 neue und möglichst viele sanierte Gebäude, beispielsweise in Quartiersbetrachtungen, zu
342 Plusenergiehäusern machen. Denn auch erneuerbare Energien müssen wir effizient einsetzen.

343 Wir können die Klimaziele nur mit konsequent ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen
344 erreichen. Bei jeder Planung sollte ab sofort der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für
345 Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch hier für den
346 Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ein, mit dem Ziel einer kompletten stofflichen Wieder-
347 oder Weiterverwertung. Damit energie- und ressourcenschonend sowie giftfrei gebaut wird,
348 braucht es eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-
349 Gesetz sowie verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und
350 Bauordnungen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, wollen
351 wir einen digitalen Gebäude-Materialpass einführen. So werden unsere Gebäude und
352 Bauschuttdeponien zu Rohstoffquellen.

353 Um die Modernisierung des Gebäudebestandes zügig und konsequent voranzubringen, setzen wir
354 uns sowohl für eine deutliche Steigerung der bereitgestellten Fördermittel als auch für eine
355 Ausrichtung von Förderrichtlinien auf die Klimaschutzwirkung der Maßnahme, auf mehr
356 Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz ein. Hinsichtlich der verwendeten Baustoffe
357 brauchen die Programme im Sinne einer Holzbau-, Leichtbau- und Rohstoffsicherungsstrategie
358 des Bundes eine klare Ausrichtung auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.
359 Kreislaufgerechten, nachwachsenden und regionalen Baustoffen muss Vorrang gewährt werden.
360 Bauschaffende müssen durch Information, Anreize und rechtliche Rahmenbedingungen in die Lage
361 versetzt werden, mit diesen Materialien zu arbeiten. Wir unterstützen die Entwicklung von
362 Stoffkreisläufen sowie von Alternativen zu konventionellen und weitverbreiteten Baustoffen
363 wie Beton. Zu einer gelungenen Bauwende gehört für uns auch eine Ressourcenwende.

364 Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz von Mieter*innen bei der Wärmewende ein. Wir
365 wollen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen und
366 Mieter*innen – auch mittels staatlicher Unterstützung – fair aufteilen.

367 Mit der Ergänzung des Wohngeldes um das Klimawohngeld wollen wir allen ermöglichen, in
368 klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Die Heizkostenkomponente muss dringend der aktuellen
369 Entwicklung angepasst werden. Dazu wollen wir den Heizkostenzuschuss im Wohngeld während der
370 Energiekrise verstetigen.

371 Aktuell bezahlen allein die Mieter*innen die Umlage des CO₂-Preises für Heizung und
372 Warmwasser. Wir begrüßen deshalb die Gesetzesinitiative für eine gerechte Neuverteilung des
373 CO₂-Preises abhängig vom Sanierungsgrad zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen. Damit
374 wird ein wichtiger erster Schritt getan, um Vermieter*innen stärker in die Pflicht zu
375 nehmen, Wohnungen energetisch zu modernisieren und klimaneutrales und preiswertes Heizen für
376 die Mieter*innen zu ermöglichen.

377 Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, bestehende Systeme zu verknüpfen. Es braucht
378 Quartierslösungen beispielsweise auf Basis von Wärmenetzen, die mit erneuerbaren Quellen wie
379 Abwärme, Geo- oder Solarthermie gespeist werden und bereitgestellte Energie vor Ort
380 speichern. Auch die Fern- und Nahwärme muss dekarbonisiert werden. Dazu wollen wir ihre
381 Förderung an klimaneutralen und gleichzeitig effizienten Lösungen ausrichten, wie an der
382 Kombination von niedrigerer Temperatur und Wärmepumpen, und dazu die Wirtschaft in die
383 Wärmesysteme einbinden. Für die Umsetzung dieser Systeme sind die Kommunen zentral. Wir
384 begrüßen daher die Initiativen der Bundesregierung, die verbundenen klimaneutralen
385 Energiesysteme über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze auszubauen und die
386 kommunale Planung zu stärken. Die Kommunen können so strategisch die Reduktion von
387 Verbräuchen in eigenen Wärmenetzen angehen.

388 **Nachhaltige Mobilität ist ein Schlüssel**

389 Insbesondere der Verkehrssektor ist derzeit nicht auf Kurs, um seine Klimaziele zu
390 erreichen. Die im Klimaschutzgesetz verbindlich vorgeschriebenen Klimaziele werden nach der
391 im Sommer vorgelegten Analyse des unabhängigen Expert*innenrats für Klimafragen im Sektor
392 Verkehr bis 2030 um kumuliert 261 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen überschritten werden. Das
393 ist die Konsequenz der verfehlten Politik dreier CSU-Verkehrsminister. Umso wichtiger ist
394 es, jetzt konsequent eine neue Politik zu verfolgen. Änderungen, die die Klimaziele im
395 Verkehrssektor aufweichen, erteilen wir eine Absage. Für uns ist klar: Die Emissionen müssen,
396 wie gesetzlich festgeschrieben, im Verkehr selbst kompensiert werden. Kurzfristige Maßnahmen
397 wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Pkw-Neuzulassungen, der soziale und klimagerechte
398 Umbau des Dienstwagenprivilegs oder ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket sind deshalb
399 zwingend erforderlich. Wie der Expert*innenrat der Bundesregierung für Klimafragen halten
400 wir das vom Verkehrsministerium vorgelegte Klimaschutz-Sofortprogramm für völlig
401 unzureichend und erwarten, dass schnell ein Plan erarbeitet wird, wie in den nächsten Jahren
402 die entstandene Klima-Lücke im Verkehrsbereich tatsächlich geschlossen werden kann.

403 Der EU-Beschluss zum Ende des fossilen Verbrennungsmotors ab 2035 ist ein riesiger Erfolg
404 für den Klimaschutz und für grüne Umweltpolitik. Er gibt den Autoherstellern, aber auch den
405 Ladenetzbetreibern endlich Planungssicherheit. Die Dekarbonisierung der Antriebe hat damit
406 einen klaren europäischen Rahmen. Pkw werden in Zukunft batterieelektrisch fahren. Damit
407 nutzen wir die effizienteste Technologie, denn auch im Verkehr muss gelten: Auch aus
408 erneuerbaren Quellen geerntete Energie ist ein knappes Gut.

409 Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis 2030
410 weist den Weg. Dazu braucht es zusätzliche fiskalische Maßnahmen wie eine Klimaabgabe für
411 Pkw-Neuzulassungen, eine deutliche Beschleunigung des Ladesäulenausbaus und eine intensive
412 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften zur Transformation der Automobilindustrie.
413 Denn für alle Betroffenen gilt: Klimaneutralität kann, richtig gestaltet,
414 Menschheitsaufgabe, Standortvorteil und Jobmotor zugleich sein.

415 Mit der Antriebswende kann die CO₂-Lücke ungefähr zur Hälfte geschlossen werden. Deshalb
416 brauchen wir zusätzlich eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen. In Zukunft sollen
417 Busse und Bahnen, Carsharing sowie breite Rad- und Fußwege das Verkehrsgeschehen
418 entscheidend prägen.

419 Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein attraktives,
420 preiswertes öffentliches Angebot als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Das 9-Euro-Ticket war
421 dabei ein großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im
422 Nahverkehr und rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung ausgesprochen.

423 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV direkte
424 Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe, einfache und bundesweite
425 Folgelösung, die sich alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel leisten können. Um
426 Familien zu entlasten und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken, soll das
427 Folgeangebot für Kinder und Jugendliche deutlich günstiger und wenn möglich kostenfrei sein.
428 Ebenso muss es für Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, sowie für Studierende
429 bedarfsgerechte Angebote geben. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden werden wir
430 daran arbeiten, attraktive und unbürokratische Angebote zu schaffen, mit dem Ziel einen
431 umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV zu ermöglichen. Unser Ziel bleibt, dass sich die Zahl
432 der Nutzer*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der Mittel für
433 den Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben der
434 Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das effektivste
435 Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere Infrastruktur
436 umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

437 Um die Verkehrswende zu verwirklichen, müssen wir die zur Verfügung stehenden Finanzmittel
438 umschichten und neu priorisieren. Klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut werden. Der
439 Koalitionsvertrag bietet eine ausreichende Grundlage, beispielsweise das Dienstwagenprivileg
440 so umzubauen, dass vorrangig effiziente Autos mit klimafreundlichen Antrieben davon
441 profitieren.

442 Insbesondere die Schiene wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Es bedarf massiver
443 Investitionen in Erhalt, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung. Der Deutschland-Takt als
444 Zielvorgabe für ein qualitativ hochwertiges, angebotsorientiertes System stellt für uns
445 hierfür eine gute Grundlage dar, die nun endlich durch eine angemessene Bereitstellung von
446 Finanzmitteln für Investition und Betrieb sowie für Planungskapazitäten auf den Weg gebracht
447 werden muss. Wir wollen den Flugverkehr am Ziel der Klimaneutralität ausrichten.
448 Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig
449 machen, indem wir massiv Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten
450 und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die
451 ökologischen Kosten widerspiegeln.

452 Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ist unabdingbar, damit die Länder die Qualität des
453 öffentlichen Nahverkehrs erhalten und verbessern können. Dies kann über den Abbau
454 umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Reform des Dienstwagenprivilegs
455 finanziert werden. Frei werdenden Finanzmittel können unter anderem helfen, Bus und Bahn zu
456 stärken. Die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr müssen im Bundeshaushalt, wie im
457 Koalitionsvertrag vereinbart, noch im Jahr 2022 erhöht werden. Andernfalls droht angesichts
458 steigender Energiepreise ein Ausdünnen und Abbestellen des Regionalverkehrs auf der Schiene.
459 Geplante Streckenreaktivierungen, die Schienenverkehr auch in weniger dicht besiedelten
460 Regionen führen würden, müssten abgesagt werden. Der Bundesverkehrswegeplan muss dringend
461 klimagerecht überarbeitet und reformiert werden, damit zukünftige Investitionen nicht mehr
462 in den teuren Neubau von Autobahnen fließen. Dem klaren Vorrang der Schiene muss hier
463 Rechnung getragen werden.

464 Die Finanzmittel müssen in die Sanierung der Infrastruktur fließen, denn kilometerlange
465 Umleitungen produzieren ebenfalls erhebliche Mengen an Treibhausgasen. Straßenneubau
466 produziert Schadstoffemissionen in erheblichem Umfang. Die klimaschädlichen Wirkungen von
467 850 km neuen Autobahnen, der Verbreiterung von 3400 km Autobahnen und des Aus- und Neubaus

468 von 3500 km Bundesstraßen müssen endlich berücksichtigt werden. Diese entstehen nicht nur
469 durch mehr induzierten Verkehr, sondern bereits durch die bauliche Trockenlegung von Mooren
470 und die sogenannte „Graue Energie“, die in den Baustoffen gebunden ist. Wissenschaftliche
471 Untersuchungen zeigen auf, dass die derzeitigen Ausbauplanungen mit den Klimazielen
472 unvereinbar sind. Das Bundesverkehrsministerium muss deshalb die Bedarfsplanüberprüfung auf
473 die gesetzlichen Klimaschutzziele hin ausrichten und eine entsprechende Ausgabenprüfung
474 vornehmen. Auch der erhebliche Sanierungsbedarf muss mitbetrachtet werden.

475 Alle Maßnahmen, die von einer Neubewertung betroffen sein können, dürfen bis zum Abschluss
476 dieser Prüfung nicht weiter vorangetrieben werden.

477 Das Tempolimit auf Autobahnen bleibt für uns weiter ein schnell wirkendes und nahezu
478 kostenloses Instrument, um die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen und unsere Klimabilanz
479 zu verbessern.

480 **Klima schützt Natur schützt Klima**

481 Der natürliche Klimaschutz hat Klimapotentiale, die an die Umstellung auf erneuerbare
482 Energien heranreichen. Das hat auch der jüngste IPCC-Bericht bestätigt. Dieser stellt dar,
483 dass eine Kohlendioxidentnahme aus der Atmosphäre von mehreren hundert Gigatonnen notwendig
484 sein wird und die Natur hier einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Im Umkehrschluss droht
485 bei einer weiteren Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher die Naturzerstörung zu einem
486 erst recht nicht mehr aufzuhaltenden Beschleuniger der Klimakrise und des Artenaussterbens
487 zu werden.

488 Beide Krisen befeuern sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden. Nur, wenn wir
489 gesunde Natur schützen, stärken und wiederherstellen, können wir die notwendigen Klima- und
490 Biodiversitätsziele erreichen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der Bundesregierung
491 mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz 4 Milliarden Euro in konkrete Maßnahmen zum
492 Schutz, zur Stärkung und Wiederherstellung gesunder Natur investieren und die relevanten
493 Maßnahmen beschleunigen. Das ist dreifach gut angelegtes Geld: für mehr Biodiversität, für
494 mehr Klimaschutz und für mehr Klimavorsorge.

495 Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in der Stadt: All
496 diese Ökosysteme können einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten. Sie können
497 Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern. Gleichzeitig sind sie
498 wertvoller Lebensraum für bedrohte Arten und damit essentielle Voraussetzung im Kampf gegen
499 das Artenaussterben. Außerdem leistet der natürliche Klimaschutz einen wichtigen Beitrag zur
500 Klimavorsorge, denn gesunde Böden regulieren den Wasserhaushalt. Intakte Auen halten das
501 Wasser zurück und tragen so zum Hochwasserschutz bei. Je besser der Zustand von Ökosystemen
502 ist, desto widerstandsfähiger sind sie gegenüber Extremwetterereignissen wie Trockenheit
503 oder Starkregen – und desto mehr können sie zu unserem Schutz beitragen.

504 Das Zusammenwirken all dieser Aspekte zeigt sich im Negativen exemplarisch an der aktuellen
505 Umweltkatastrophe an der Oder mit massenhaftem Fisch-, Schnecken- und Muschelsterben und der
506 Schädigung des einzigen Flussauen-Nationalparks in Deutschland. Ausgelöst wurde sie durch
507 hohe Salzeinleitungen, die zusammen mit Stauhaltungen, Niedrigwasser und sehr hohen
508 Wassertemperaturen zu einer toxischen Algenblüte führten. Jetzt gilt es mehr denn je, die
509 Oder zusammen mit Polen und Tschechien als naturnahen Fluss zu erhalten und ihn resilient
510 gegen die Klimakrise zu machen. Der - auch ökonomisch unsinnige - Oderausbau muss gestoppt
511 werden.

512 Daher setzen wir uns dafür ein auch rechtliche Schritte einzuleiten, um diese auf deutscher
513 Seite nicht auszubauen und die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Das deutsch-polnische
514 Abkommen zur Oder von 2015 muss neu verhandelt und zurückgeführt werden auf naturnahen

515 Hochwasserschutz - im Einklang mit dem EU-Umweltrecht. Der Einsatz der Fördermittel durch
516 die EU, die Weltbank und den Europarat muss überprüft und ggf. zurückgefordert werden.

517 Schwerpunkte im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind eine Renaturierungsoffensive
518 für Flüsse, Auen, Wälder und Seegraswiesen sowie der nationale Moorschutz. Wir wollen so
519 viele Moorböden wie möglich schnell und umfassend wiedervernässen – und ein Ende der
520 Torfnutzung. Landwirtschaftliche Betriebe werden wir bei Maßnahmen zur Wiedervernässung und
521 bei der Einführung angepasster Bewirtschaftungsweisen unterstützen.

522 Ein naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen ist ein zentrales Ziel
523 für den natürlichen Klimaschutz. Mit der Wiederherstellung dieser Ökosysteme soll im Sinne
524 der Vorsorge Wasser wieder stärker in der Landschaft gehalten und die schnelle Entwässerung
525 großer Flächen reduziert werden. Um einen naturnahen Wasserhaushalt zu erreichen, wollen wir
526 mit der Bundesregierung noch in diesem Jahr eine rahmengebende Nationale Wasserstrategie
527 beschließen.

528 Auch Meeres- und Küstenökosysteme sind ein wichtiger Baustein des natürlichen Klimaschutzes.
529 Denn die Weltmeere leiden nicht nur immens unter den Auswirkungen der Klimakrise. Gesunde
530 Meere liefern gleichzeitig Sauerstoff, sie regulieren das Klima und sind ein wichtiger CO₂-
531 Speicher. Wir werden eine verbindliche Meeresstrategie erarbeiten und ein Aufbauprogramm für
532 Seegraswiesen, Algenwälder, Salzwiesen und weitere marine sowie Küsten-Ökosysteme zur
533 Verbesserung der natürlichen CO₂-Speicherfähigkeit entwickeln. Eine Anrechnung von CO₂-
534 Speicherpotenzialen durch natürliche Kohlenstoffsinken auf die Minderungsziele lehnen wir
535 ab. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen als CO₂-Senken sind zusätzliche und
536 eigenständige Ziele im Klimaschutzgesetz. Mit natürlichem Klimaschutz stärken wir natürliche
537 Kohlenstoffsinken und bekämpfen zugleich die Biodiversitätskrise und das Artenaussterben.

538 Wir erarbeiten eine Langfriststrategie zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen, für
539 nachhaltige Negativemissionen und klimaneutrale Kohlenstoffkreisläufe. Dazu unterstützen wir
540 die Erforschung natürlicher und Entwicklung technischer Prozesse.

541 Gemeinsam mit unseren internationalen Partner*innen wollen wir die Verhandlungen bei der
542 Weltnaturschutzkonferenz in Montreal im Dezember endlich erfolgreich abschließen. Es braucht
543 einen neuen internationalen Rahmen zum Schutz unserer Natur und mehr finanzielle
544 Unterstützung der Industrienationen für die Umsetzung im globalen Süden. Wir wollen
545 international vorangehen und werden, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, eine
546 erhebliche Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung noch in diesem Jahr
547 verkünden.

548 **Mehr ökologische Landnutzung**

549 Die Waldbrandgefahr vervielfacht sich im Zuge der Klimakrise durch anhaltende Trockenheit
550 und verödete Forstlandschaften. Deshalb brauchen wir wieder mehr echte Wälder: als
551 Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und als wichtige Verbündete beim Klimaschutz. Wir
552 brauchen eine klimaresiliente vielfältige Landwirtschaft, um auch in Krisenzeiten gute,
553 gesunde und regionale Lebensmittel unter fairen Bedingungen für alle erzeugen zu können.
554 Fair für das Klima, fair für Umwelt und Tiere, fair für die Verbraucher*innen – und fair für
555 die Landwirt*innen. Denn eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung braucht Bäuerinnen und
556 Bauern.

557 Angesichts von immer häufigeren Dürren und Unwettern, Insektensterben und Artenverlust in
558 der Agrarlandschaft sowie dem Höfesterben ist eine Agrarwende hin zu einer ökologischeren,
559 tierfreundlichen und klimarobusten Landwirtschaft mit fairem Einkommen für die
560 Landwirt*innen entscheidend. Gerade in diesem Jahr zeigt sich, dass schon jetzt viele
561 Anbauregionen bei uns und in ganz Europa mit Trockenheit und Dürren zu kämpfen haben. Und es
562 werden in den kommenden Jahren wohl immer mehr. Umso wichtiger, dass der Boden gesund ist –

563 mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Die ökologische Bewirtschaftung
564 bietet die Chance, den Schutz der Biodiversität und des Klimas mit der Lebensmittelerzeugung
565 gut zu verknüpfen.

566 Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Fläche erhöhen.
567 Die Bundesregierung wird dazu eine Strategie auflegen, die Forschung, Betriebe und Absatz
568 gleichermaßen fördert. Außerdem werden wir zusammen mit den Landwirt*innen eine nachhaltige,
569 nasse Landwirtschaft für genutzte Moorböden entwickeln. Dazu fördert das
570 Landwirtschaftsministerium beispielsweise extensive Weidewirtschaft und Paludikulturen –
571 auch in Kombination mit erneuerbaren Energien.

572 Agroforstsysteme, Agri-PV-Systeme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen mit Zwischenfrüchten,
573 die Einarbeitung von Pflanzenresten und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen den Ackerbau
574 sowohl klimafreundlicher als auch robuster. Gleichzeitig können sie zu einem guten Einkommen
575 für die Landwirt*innen beitragen. Die europäischen Agrarzahungen sollen dazu auf die
576 Honorierung dieser ganzheitlichen gesellschaftlichen Leistungen ausgerichtet werden.

577 Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre ist der Umbau der landwirtschaftlichen
578 Tierhaltung hin zu klima-, umwelt- und tiergerechten Haltungsformen. Um Landwirt*innen auf
579 diesem Weg zu unterstützen, braucht es ein Paket aus verpflichtender
580 Tierhaltungskennzeichnung, angepasstem Bau- und Genehmigungsrecht, klaren Regeln sowie
581 tragfähiger Förderung. Entsprechende Gesetzesentwürfe des Landwirtschaftsministeriums liegen
582 vor. Wenn wir landwirtschaftlichen Betrieben eine echte Perspektive geben wollen, müssen wir
583 sie bei den Mehrkosten, die durch höhere Tierschutzstandards entstehen, unterstützen. Die
584 Haltungsbedingungen aller Nutztiere wollen wir im Hinblick auf die Stallgröße verbessern
585 und den Zugang zu Außenluft und Außenflächen gewährleisten. Ein Ende der damit nicht
586 kompatiblen Haltungsformen für Deutschland und Europa streben wir an. Um Klima- und
587 Umweltziele zu erreichen, müssen wir die Tierzahlen in Deutschland senken und sie stärker an
588 die verfügbare Fläche für die Futtermittelproduktion binden, denn Futter von den eigenen
589 Feldern ist klimafreundlich und Weidehaltung sorgt für besseren Tierschutz. Den durch die
590 Landwirtschaft maßgeblich mitverursachten Ausstoß von Methan und Lachgas, der einen großen
591 Anteil zur Erderhitzung beiträgt, wollen wir deutlich verringern. Die Fleisch- und
592 Milchproduktion gehört weltweit zu den Industrien mit den höchsten Treibhausgasemissionen
593 und die kontinuierliche Ausweitung der für die Futtermittelproduktion benötigten Flächen
594 trägt maßgeblich zum Artensterben bei.

595 Eine zukunftsfeste Tierhaltung muss daher standortangepasst und unabhängig von Regenwald-
596 Soja sein. Mit der Eiweißstrategie unterstützen wir diese Umstellung. Industrielle
597 Massentierhaltung ist mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.

598 Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle Menschen
599 machen. Ein Mittel hierzu ist die Bereitstellung transparenterer Informationen über die
600 externen Kosten von Fleisch und anderen tierischen Produkten, sowie die Förderung von
601 pflanzlichen Ersatzprodukten, beispielsweise durch die Belegung mit dem ermäßigten
602 Umsatzsteuersatz, und der Entwicklung künstlich erzeugter tierischer Produkte.

603 **Klimagerechtigkeit in Europa und weltweit**

604 Viele Inseln im Pazifik drohen, durch die Klimakrise unterzugehen. Pakistan erlebte diesen
605 Sommer durch extreme Regenmassen Fluten, die tausende Menschenleben gefordert und insgesamt
606 über 33 Millionen Menschen betroffen haben. Gleichzeitig verursacht die Dürre in Ostafrika
607 Hunger und verschärft Armut. Frauen, marginalisierte Gruppen und Menschen, die in Armut
608 leben, sind besonders von den Folgen wie Luftverschmutzung, mangelndem Zugang zu Trinkwasser
609 und dem Schwinden von landwirtschaftlichem Boden betroffen. Die Länder, die am wenigsten zur

610 Klimakrise beigetragen haben, leiden am meisten unter deren Folgen. Die Erderhitzung
611 einzudämmen, ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine Gerechtigkeitsfrage.

612 Frauen sind weltweit am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen, obwohl sie
613 durchschnittlich für weniger Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Gleichzeitig sind
614 sie an Entscheidungen zur Bekämpfung der Klimakrise seltener beteiligt, werden häufig von
615 Maßnahmen stärker belastet und von Kompensationen geringer entlastet. So führt die
616 Klimakrise dazu, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiter zunimmt. Um dem
617 entschieden gegenzutreten, ist es unerlässlich, Klimaschutz geschlechtergerecht zu gestalten
618 und durch die Beteiligung von Frauen ihr Wissen und Know-How in entscheidende
619 Transformationsprozesse einzubeziehen. Unser Ziel ist deshalb, die Geschlechterperspektive
620 stärker in klimapolitischen Vorhaben und Programmen zu verankern. Dafür soll in allen mit
621 Klimapolitik befassten Ministerien und Gremien die notwendige Genderperspektive aufgebaut
622 und der im Koalitionsvertrag vereinbarte Gleichstellungs-Check für alle Gesetze und
623 Maßnahmen umgesetzt werden. Das reicht von Grundsätzen zur Gestaltung der konkreten
624 Klimapolitik bis hin zur Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen.

625 Das Fortschreiten der Klimakrise ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Freiheit. Durch
626 die Klimaaußenpolitik muss es uns mit diplomatischen Mitteln gelingen, die globale
627 Energiewende, nachhaltige Entwicklung und den Schutz unserer Biodiversität EU-weit und
628 international voranzutreiben. Mit der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere
629 Partner*innen weltweit beim langfristigen Umbau ganzer Sektoren und verfolgen eine
630 transformative, globale Strukturpolitik; damit richten wir nationale und internationale
631 Institutionen auf die Pariser Klimaziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der
632 Agenda 2030 (SDGs) aus.

633 Deutschland und Europa müssen stärker mit gutem Beispiel vorangehen und klimagerechten
634 Wohlstand umsetzen. Konkret bedeutet das, dass die politischen Entscheidungen daran gemessen
635 werden müssen, ob ihre Folgen mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und den
636 Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.

637 Mit dem Europäischen Green Deal wurde die Tür aufgestoßen, um die EU zum ersten
638 klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die ambitionierte und schnelle Umsetzung
639 des sogenannten „Fit For 55“-Pakets ist essentiell sowohl für den Klimaschutz als auch für
640 die Modernisierung der Europäische Union. Auch die europäische Agrar- und Handelspolitik
641 muss hierauf ausgerichtet werden. Zudem bedarf es eines ambitionierten Plans, die
642 europäische Industrie sozial und nachhaltig in die Zukunft zu führen. Die Einstufung in der
643 EU-Taxonomie von Atomkraft und Gas als nachhaltig lehnen wir ab.

644 Nur mit einer ambitionierten Klimapolitik kann die Europäische Union eine Führungsrolle
645 übernehmen und eine notwendige Bewegung in die Internationalen Klimaverhandlungen bringen.
646 Die europäischen Klimaziele müssen daher jetzt an das erhöhte Ambitionsniveau und in
647 Richtung 1,5 Grad-Pfad angepasst werden. Wir unterstützen alle weiteren Maßnahmen, die dazu
648 beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen und damit die Klimaziele für Europa zu erreichen.

649 Wir wollen gemeinsam mit der EU-Kommission den natürlichen Klimaschutz und Maßnahmen zur
650 Klimavorsorge europaweit und weltweit voranbringen. Wir unterstützen die Verordnung zur
651 Wiederherstellung der Natur als zentrales Element zur Umsetzung der europäischen
652 Biodiversitätsstrategie. Rechtsverbindliche Ziele zur Renaturierung von Meeren, Flüssen und
653 Wäldern, von Ökosystemen in der Stadt und in der Agrarlandschaft sowie zum Schutz von
654 Bestäubern sind ein Aufbruch für den Natur- und Klimaschutz in der EU.

655 Die Industriestaaten haben am meisten von der Ausbeutung der globalen Ressourcen profitiert
656 und tun dies auch weiterhin. Sie müssen deshalb ein verlässlicher Motor und Vorreiter im
657 Kampf gegen die Klimakrise weltweit sein. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hat Deutschland

658 erste Klima- und Entwicklungspartnerschaften etabliert, die wir mit weiteren Partnerländern
659 schnell ausbauen und vorantreiben möchten. Hierbei ist es essentiell, dass diese
660 Partnerschaften auf Augenhöhe stattfinden.

661 In wenigen Wochen wird die UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten die massiven weltweiten
662 Auswirkungen der Klimakrise beleuchten und um Maßnahmen zu deren Bekämpfung ringen. Es geht
663 dabei um ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, mit dem bis 2030 global ein mit dem 1,5-Grad-
664 Ziel kompatibler Entwicklungspfad erreicht wird. An diesem Programm müssen auch die
665 nationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wir erwarten eine Beschleunigung der weltweiten
666 Energiewende sowie einen regelmäßigen politischen Austausch über die Umsetzung der
667 Maßnahmen, über Initiativen und die Erreichung der sektoralen Ziele als Ergebnis der
668 Konferenz. Die nächste COP darf keine "fossile COP" werden.

669 Ägypten gehört zu den repressivsten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in
670 Nordafrika. Zur Förderung von Klimaschutz braucht es eine starke, politisch aktive und vom
671 Staat unabhängig agierende Zivilgesellschaft. Es ist deshalb unabdingbar, dass Ägypten als
672 Ausrichter der COP den eigenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie der Presse
673 dauerhaft die Freiheit gibt, auf Defizite im Klimaschutz aufmerksam machen zu können.
674 Ansonsten droht die COP zum Greenwashing der Staatsführung zu werden – und zu einem
675 Instrument, um von der katastrophalen Menschenrechtsbilanz einschließlich der tausenden
676 politischen Gefangenen abzulenken.

677 Im Rahmen der internationalen Klimapolitik muss Deutschland ein ambitioniertes,
678 solidarisches und verlässliches Partnerland sein und seiner Verantwortung für den eigenen,
679 für den globalen Klimaschutz und für die Anpassung an die Klimakrise gerecht werden. Dabei
680 werden wir klimapolitische Maßnahmen im Sinne des postkolonialen Ansatzes gemeinsam mit
681 unseren Partner*innen entwickeln, eng mit multilateralen Partner*innen abstimmen und bei der
682 Umsetzung die Länderrechte der indigenen Bevölkerung stets achten. Das ist auch unser
683 Anspruch für das Auftreten Deutschlands bei der diesjährigen COP 27 in Ägypten.

684 Die Folgen der Klimakrise schlagen in den ärmsten Staaten der Welt ganz besonders dramatisch
685 zu. Wir müssen deshalb die Klimaanpassung beschleunigen. Darum braucht es bei Schäden und
686 Verlusten jetzt deutlich stärkere und verbindliche Unterstützung durch die Industrieländer.
687 Dazu haben sich die G7 Ende Mai 2022 erstmals bekannt. Ein richtiger Schritt voran, dem aber
688 noch viele folgen müssen.

689 Deutschland muss gerade angesichts der multiplen Krisen, die die Umsetzung von
690 Klimaprojekten in vielen Weltregionen gefährden, seinen Beitrag zur kollektiven
691 Verdopplungszusage der Anpassungsfinanzierung leisten. Ergänzend wollen wir die
692 Rahmenbedingungen für privates Kapital verbessern, wenn dieses in echten Klimaschutz und
693 konsequente Klimaanpassung investiert wird.

694 Mit Programmen der Entwicklungspolitik wie auch der Internationalen Klimaschutzinitiative
695 der Bundesregierung leisten wir ganz konkrete Unterstützung für mehr Klimaschutz und
696 Klimaanpassung. Gemeinsam wollen wir als G7 vorangehen, um aus der Kohle auszusteigen und
697 die Emissionen im Energiesektor, im Verkehr und der Industrie so schnell wie möglich zu
698 reduzieren. Es geht darum, gemeinsam eine Welle höherer Klimaambitionen zu erzeugen und
699 andere Staaten mitzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen Schub für mehr
700 Klimagerechtigkeit und klare Fortschritte bei der Klimafinanzierung sowie ein Umlenken
701 globaler Finanzströme im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens.

702 Die Existenzen jener Menschen, die am stärksten von Extremwetterereignissen sowie den
703 Langzeitfolgen der Klimakrise betroffen sind, müssen bei Maßnahmen wie beispielsweise der
704 Schaffung und Einsetzung eines Fonds (etwa einer "Loss and Damage Finance Facility") oder
705 neuer Finanzierungsfenster für klimabedingten Verluste und Schäden im Mittelpunkt stehen.

706 Diese muss mit ausreichenden und einfach zugänglichen Finanzen für Regionen ausgestattet
707 werden, die von den extremen Folgen der Klimakrise betroffen sind.

708 Als zusätzliches Angebot soll der geplante Schutzschirm gegen Klimarisiken ("Global Climate
709 Risk Shield") zur bestmöglichen finanziellen Absicherung von Klimakrisen aufgebaut werden,
710 um mit Versicherungen und weiteren Instrumenten für soziale Sicherung die betroffenen Länder
711 dabei zu unterstützen, Widerstandsfähigkeit gegen Klimaschäden aufzubauen. Dieses Instrument
712 ersetzt jedoch nicht die finanzielle Unterstützung, welche die Menschen im Globalen Süden im
713 Katastrophenfall so dringend benötigen, um die ökonomischen sowie nicht-ökonomischen Folgen
714 der Klimakrise zu adressieren.

715 Die Auswirkungen der Klimakrise führen zu einem Verlust von Existenzen und Wohlstand. Viele
716 Länder, die jetzt schon besonders von der Klimakrise betroffen sind, wurden gleichzeitig
717 auch durch die Auswirkungen anderer Krisen - wie beispielsweise der Covid-19 Pandemie oder
718 den globalen Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine - hart getroffen. Wir wollen
719 die Möglichkeit eines Schuldenerlasses für diese Länder prüfen. Mit diesem können sie frei
720 gewordene Finanzen für den Aufbau von Klimaresilienz sowie einer klimagerechten
721 Infrastruktur nutzen.

722 Klimagerechtigkeit heißt aktuell vor allem, alles daran zu setzen, die große Maßnahmenlücke
723 zwischen Klimazielen und politischem Handeln auf internationaler Ebene zu schließen. Leider
724 immer noch unerfüllt sind die 2015 in Paris versprochene globale Bereitstellung der 100
725 Milliarden US-Dollar für internationale Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierung.
726 Deutschland muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und mehr Mittel für die
727 Klimafinanzierung in Ländern des globalen Südens bereitstellen. Das bedeutet auch, die
728 Länder des globalen Südens in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaanpassung,
729 Verkehrspolitik, Landwirtschaft und nachhaltiger Wirtschaft zu unterstützen. Zur UN-
730 Klimakonferenz COP 27 im November muss die Bundesregierung dazu eine verlässliche Zusage
731 leisten.

732 Durch den russischen Angriffskrieg ist weltweit eine neue Dynamik entstanden, denn auch dem
733 Letzten ist nun der Zusammenhang zwischen Klima, Energie, Sicherheit, Ernährung, Freiheit
734 und Frieden klargeworden. Viele Staaten setzen auf den Ausbau von erneuerbaren Energien.
735 Aber es gibt auch Kräfte, die den Moment des Krieges nutzen, um unter dem Vorwand der
736 Energiesicherheit Öl, Gas und fossile Infrastrukturen dauerhaft zu festigen und auszubauen.
737 Umso wichtiger ist es, dass wir alle Kanäle nutzen, um die Weichen für mehr Klimaschutz und
738 für mehr Tempo bei der globalen Energiewende zu stellen. Die Verbrechen an der
739 Menschlichkeit durch das russische Regime dürfen nicht als Deckmantel für neue langfristige
740 fossile Abhängigkeiten dienen. Denn das würde nicht nur dem Aggressor in die Hände spielen,
741 sondern auch die internationalen Klimaschutzmaßnahmen ad absurdum führen. Die einfache
742 Logik, dass im Zweifel fossile Energieträger eine sichere Versorgung bereitstellen, ist
743 widerlegt. Die neue Rolle der erneuerbaren Energien als Garanten für eine starke
744 Selbstversorgung, Sicherheit und Freiheit gilt es, international zu festigen und die
745 Hinwendung zu klimaneutraler Versorgung in anderen Ländern durch strukturelle, finanzielle
746 und technische Unterstützungsangebote zu stärken.

Beschluss

Nationaler Hitzeschutzplan

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.10.2022
Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

1 Ob wir gesund oder krank sind, hängt nicht nur von unserer Lebensweise ab, sondern
2 entscheidend auch von Umwelt und Klima: Wir brauchen sauberes Wasser, gute Luft, erträgliche
3 Temperaturen und gutes Essen. All das steht mit der sich beschleunigenden Klimakrise auf dem
4 Spiel. Neben Hitzewellen gehören Stürme, Dürren, Waldbrände oder Starkregen und
5 Überschwemmungen zu den unmittelbar zu erwartenden Folgen einer ungebremsten Klimakrise. Das
6 Allergiepotential steigt und neue Krankheitserreger können sich ausbreiten. Die medizinische
7 Fachzeitschrift »The Lancet« erklärte den Klimawandel zur größten Bedrohung für die globale
8 Gesundheit im 21. Jahrhundert.

9 Die ersten heftigen Auswirkungen einer ungebremsten Klimakrise spüren wir schon heute. Die
10 schlimme Hochwasserkatastrophe an und um die Ahr mit mehr als 180 Toten wird für lange Zeit
11 ein Trauma in der Region hinterlassen. In den Sommern 2018, 2019 und 2020 kam es insgesamt
12 zu 19.300 hitzebedingten Sterbefällen in Deutschland (Auswertungen des Robert Koch-
13 Instituts, des Deutschen Wetterdienstes und des Umweltbundesamts). Die materiellen Schäden
14 bewegen sich Jahr für Jahr im zweistelligen Milliardenbereich.

15 Wir wollen die Klimavorsorge entscheidend stärken und stärker als bisher als
16 Querschnittsaufgabe verankern. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern
17 und Kommunen für dieses Jahrzehnt und darüber hinaus. Klimavorsorge ist dabei auch eine
18 soziale Frage. Der Staat muss gezielt den Menschen und den Kommunen helfen, die sich die
19 notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge nicht so einfach leisten können.

20 **Schutz vor den Auswirkungen der Hitze**

21 Städte mit vielen versiegelten Flächen und wenig Grünanteilen heizen sich in Hitzewellen
22 besonders stark auf. Innenstädte sind dann um bis zu zehn Grad heißer als das Umland. Das
23 ist für alle Menschen in den Städten anstrengend und belastend. Bei hohen Temperaturen nimmt
24 die Arbeitsleistung stark ab und bei fehlender nächtlicher Abkühlung wird die körperliche
25 Erholungsphase beeinträchtigt. Neben den bereits erwähnten Hitzetoten gehören auch
26 hitzebedingte Erkrankungen wie Herz-Kreislaufbeschwerden, Herzinfarkte oder Hitzschlag zu
27 den Folgen hoher Temperaturen.

28 Besonders betroffen sind Menschen mit geringerem Einkommen, ältere Menschen, Säuglinge und
29 Kleinkindern, Pflegebedürftige, Menschen mit Vorerkrankungen oder akut Erkrankten,
30 Obdachlose sowie Personen, die im Freien und/oder körperlich schwer arbeiten. Sie sind
31 zusätzlich häufiger Luftverschmutzung und Lärm ausgesetzt und somit anfälliger für
32 Allergien, Atemwegs- und Kreislaufkrankungen. Zudem haben sie oft keinen Garten oder
33 Klimaanlage zur Verfügung, um Abkühlung zu suchen.

34 Kühle Städte sind grüne Städte: Bäume spenden Schatten und kühlen ihre Umgebung als
35 natürliche Klimaanlage. Mehr Bäume und Grünflächen sind damit zentrale Säule für ein
36 gesundes Stadtklima. Auch begrünte Fassaden und Dächer können zur Abkühlung von Gebäuden und
37 Umgebung beitragen. Städte sollen künftig wie ein Schwamm mehr Wasser aufnehmen, speichern
38 und in der Landschaft halten. Gespeichertes Regenwasser kann zur Bewässerung im Sommer und
39 für Brunnen genutzt werden

40 **Wir brauchen eine umfassende Strategie gegen Hitzefolgen!**

41 Frühere Bundesregierungen haben versäumt, die Bekämpfung der Klimakrise und die
42 Herausforderungen der Anpassung an ihre Folgen sektorübergreifend in einer umfassenden
43 Strategie anzupacken. Das grün geführte Bundesumweltministerium erarbeitet aktuell eine
44 Klimaanpassungsstrategie, die alle Handlungsfelder umfassen wird. Kommunen profitieren
45 bereits von einem Förderprogramm für Klimaanpassungsmanager, um eigene Strategien und
46 Maßnahmen vor Ort zu entwickeln. Für soziale Einrichtungen wie Kitas und Pflegeeinrichtungen
47 gibt es ein spezielles Programm.

48 Ein Bund-Länder-Hitzeschutzplan für den vorsorgenden Gesundheitsschutz muss ein Schwerpunkt
49 der Klimaanpassungsstrategie werden. Darin müssen Aufgaben klar zugeordnet, effiziente
50 Koordinations- und Kommunikationsstrukturen geregelt und verbindliche Maßnahmen formuliert
51 sein, um insbesondere besonders hitzegefährdete Gruppen wirksam zu schützen. Dazu gehören
52 auch entsprechende Finanzierungsregelungen, ein Monitoring zur hitzebedingten Sterblichkeit,
53 zusätzliche Maßnahmen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einschließlich
54 Weiterbildungsangebote sowie bundesweite niedrigschwellige Informations- und Hilfsangebote
55 insbesondere für besonders hitzesensible Gruppen.

56 Hitzeaktionspläne müssen für alle Städte und Kommunen zum verbindlichen Standard werden und
57 die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kommunen alle Instrumente im
58 Bau- und Verkehrsbereich treffen können, um Überhitzung entgegenzuwirken. Mit einem
59 Sonderfonds für die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen wollen wir die Kommunen bei der
60 Umsetzung unterstützen.

61 Eine Reform des Baurechts und der Städtebauförderung muss konsequent den klimagerechten
62 Stadtumbau unterstützen. Dazu zählen Erleichterungen für Entsiegelungsmaßnahmen und
63 Umwidmung von Straßen- und Parkflächen, die Verankerung eines Grünflächenfaktors und eine
64 Grünkennzahl für Grünflächenmindestanteile auf Baugrundstücken sowie die Ermöglichung von
65 Naturerfahrungsräumen als Flächennutzungskategorie.

66 Programme zur Stärkung von Park- und Grünflächen, städtischen Regenwasserspeichersystemen
67 und öffentlichen Trinkbrunnen müssen ausgeweitet werden, insbesondere für finanzschwache
68 Kommunen. Den vorsorgenden Gesundheitsschutz gegen klimakrisenbedingte Überhitzung wollen
69 wir in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt integrieren.

70 Wir wollen die Gebäudesanierungsquote bis zum Ende der Wahlperiode verdoppeln und dafür KfW-
71 Programme weiterentwickeln sowie eine Ausbildungsinitiative für das Bauhandwerk starten.
72 Wir setzen uns für eine Stärkung des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in
73 den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" (SJK) zum Ausbau der Freibadsanierung ein. Freibäder
74 gehören in Hitzephasen zur Daseinsvorsorge, der Zugang muss für alle erschwinglich sein.
75 Forschungsmittel zur Erforschung von gesundheitlichen Folgen der Klimakrise,
76 Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich und neuer Hitzeanpassungsansätze müssen
77 ausgeweitet werden.

78 **Wasser: hier zu viel – dort zu wenig**

79 Das vorrangige Ziel einer vorsorgenden Hochwasserpolitik muss sein, Wasser in der Landschaft
80 zu halten. So lassen sich Abflussmengen reduzieren und verzögern. Das ist der erste und

81 beste Schutz gegen Hochwasser und zugleich auch eine Vorsorge für Dürrezeiten. Wo Wasser
82 natürlich versickern kann und gespeichert wird, wo Bäche und Flüsse frei fließen, wo es noch
83 funktionierende Moorböden gibt, können Überflutungen und Flutkatastrophen abgeschwächt
84 werden und Wasser gespeichert werden. Die notwendigen Maßnahmen, um Wasser in der Landschaft
85 zu halten, sind lange bekannt und müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Fluss- und
86 Bachtäler müssen wo möglich wieder naturnah gestaltet werden – mit ausreichenden Auen und
87 Retentionsräumen. Dazu können durch extensivere Nutzung auch landwirtschaftliche Flächen
88 dienen. Die Böden können durch eine naturnähere Land- und Forstwirtschaft und bodenschonende
89 Bearbeitung wieder aufnahmefähiger gemacht werden.

90 Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Bislang ist die Versorgung in Deutschland
91 gesichert. Doch in heißen Sommermonaten kommt es bereits heute in manchen Kommunen und
92 Landkreisen zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung. Wir wollen deshalb
93 Grundwasservorkommen langfristig schützen und für die öffentliche Trinkwasserversorgung
94 sichern, indem wir einen Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung gesetzlich
95 festschreiben und im Raumordnungsrecht mehr Vorranggebiete für die Trinkwasserversorgung
96 ausweisen. Bisherige historische Entnahmerechte und kostenlose Grundwassernutzungsrechte für
97 Industrie und Landwirtschaft müssen überprüft sowie Ansätze zur Regenwasserspeicherung und
98 Brauchwassernutzung gefördert werden.

99 Die dramatischen Hochwässer und Überschwemmungen 2021, 2013, 2002 und 1997 haben aufgezeigt,
100 wie essentiell eine bessere Hochwasservorsorge ist. Die bisher angenommenen Risiken und
101 Gefahren selbst von extremen Hochwassern wurden vom tatsächlichen Ausmaß der aktuellen
102 Überschwemmungen übertroffen. Planungen, die sich auf 100-jährige Hochwasser beziehen sind
103 überholt. Es braucht neue, bundeseinheitliche Standards zur Darstellung von Extremszenarien
104 in den Hochwasser- und Starkregenrisikokarten. Für die Risikobeurteilung müssen
105 Extremhochwässer, die länger zurückliegen als es eine kontinuierliche Datenaufzeichnung
106 gibt, ebenso genutzt werden wie Modellierungen von Starkregenereignissen, die Grund der
107 Klimakrise künftig heftiger ausfallen können, als dies bisher der Fall war. Auch sollte in
108 den Extremszenarien betrachtet werden, welche Gefahren von Hochwässern ausgehen, wenn der
109 technische Schutz ausfällt, also zum Beispiel Dämme brechen oder Rückhaltebecken überlaufen.
110 Es sollte zudem nicht nur auf den potentiellen Anstieg der Pegel geschaut werden, sondern
111 auch auf die Fließgeschwindigkeiten, denn Wasser ist umso zerstörerischer je schneller es
112 werden kann. In der Konsequenz gilt es, Umfang und genaue Lage der gefährdeten Gebiete und
113 Liegenschaften zu aktualisieren. Wichtig ist, dass aus diesen verbesserten Vorhersagen auch
114 politische Schlüsse gezogen werden: im akuten Fall für die Evakuierung der betroffenen
115 Bevölkerung, planerisch für die weitere Siedlungsplanung. In den besonders von Hochwasser
116 betroffenen Gebieten müssen die Ausnahmeregelungen zur Ausweisung von Bauland und zur
117 Erteilung von Baugenehmigungen im Außenbereich dringend auf den Prüfstand.

118 Hochwasserwarnungen müssen verbessert werden. Eine auf wenige hundert Meter genaue
119 Risikovorhersage, die die Wetterdaten mit den Topographie und der Bevölkerungsdichte
120 synchronisiert, ist wissenschaftlich möglich, aber derzeit noch nicht realisiert. Notwendig
121 dafür wären ein hochleistungsfähiges Rechenzentrum und mehr Forschung. Das sollte
122 idealerweise im europäischen Verbund ermöglicht werden. Dafür müssen Gelder bereitgestellt
123 werden. Es ist zudem wichtig, dass Behörden, Bevölkerung und Helfer*innen genau wissen, wie
124 sie sich im Hochwasserfall verhalten müssen – und wie man langfristig für den Ernstfall
125 vorsorgen kann, wenn man in einem Risikogebiet lebt. Nötig sind flächendeckende kommunale
126 Hochwasser-Audits und Modellierungen von Starkregenereignissen, funktionierende Warnsysteme
127 und regelmäßige Informationen der Bevölkerung, etwa per Übung in Schulen oder Betrieben.
128 Hauseigentümer*innen sollten über sinnvolle bauliche Maßnahmen informiert werden.

129 Ergänzend zum ökologischen Hochwasserschutz sind Maßnahmen des technischen
130 Hochwasserschutzes notwendig, um bestehende Siedlungen zu schützen. Dazu können

131 Rückhaltebecken auch in Seitentälern oder Rückverlagerungen und die Ertüchtigung von Deichen
132 ebenso gehören wie Wälle, die Regenwassermassen um Ortschaften herum leiten oder das
133 Bereithalten von mobilen Hochwasserschutzwänden. Dabei sollen stärker als bisher vor Ort
134 auch Sonderstandorte für den Hochwasserschutz planerisch und technisch vorbereitet werden.
135 Besser eine Kiesgrube oder ein Braunkohletagebau laufen kontrolliert voll als dass
136 Siedlungen überflutet werden.

137 **Landnutzung und Infrastruktur ökologisieren**

138 Umfassende Klimaanpassung bedeutet, in Sicherheit zu investieren. Landwirtschaftliche
139 Flächen müssen regional extensiviert werden, ohne dass dies wirtschaftlich auf Kosten der
140 Landwirt*innen geht, Wälder müssen in naturnahe klimastabile Mischwälder umgebaut,
141 Entwässerung und Kanalisierung zurückgebaut, Deiche rückverlegt werden, Städte umgebaut,
142 Plätze begrünt, Bäume gepflanzt werden. Wer an solchen Maßnahmen spart, gefährdet die
143 Sicherheit der Bevölkerung. Mit dem strategischen Ankauf von Naturschutzflächen kann die
144 öffentliche Hand zugleich Wasserrückhalteflächen gerade auch in
145 Hochwasserentstehungsgebieten gewinnen. Für die notwendigen Naturschutzmaßnahmen brauchen
146 wir daher schnell wirksame Planungsinstrumente zur Flächensicherung.

147 Damit Ökosysteme widerstandsfähiger werden, müssen wir deren chemische Belastung durch
148 Pestizide und Schadstoffe wesentlich reduzieren und eine gesunde Vielfalt wiederherstellen.
149 Vielfältigere Ökosysteme reagieren stabiler auf Störungen. Das gilt in besonderem Maße auch
150 für unsere Landwirtschaft. Niemand weiß bei der Aussaat, ob das Jahr extrem heiß, stürmisch,
151 nass, trocken oder kalt wird. Dies erfordert grundlegende Bewirtschaftungsanpassungen zur
152 Risikobegrenzung. Weiter zu wirtschaften wie bisher ist keine realistische Option.

153 Deshalb ist jetzt notwendig, dass wir Landwirt*innen dabei unterstützen, das gesamte System
154 der Lebensmittelproduktion robust aufzustellen für die Herausforderungen der nächsten Jahre.
155 Bäume und Hecke auf Feld und Acker sind nicht nur eine effektive CO²-Senke in der
156 Landwirtschaft, sondern beeinflussen auch das Kleinklima. Agroforstsysteme und Agri-
157 Photovoltaik müssen raus aus der Nische, weil sie ein robustes Gesamtsystem mit Schatten,
158 Erosionsschutz und Verdunstungsreduktion schaffen. Das ganze Anbausystem muss konsequent
159 diversifiziert werden, um extremere Umwelteinflüsse ausgleichen zu können. Das bedeutet
160 weniger Monokulturen und längere Fruchtfolgen, Mischkulturen, mehr Unter- und
161 Zwischensaat, kleinere Schläge und eine höhere Diversität der angebauten Feldfrüchte. Eine
162 zentrale Rolle wird eine Wirtschaftsweise spielen, die die Humusschicht auf- statt abbaut,
163 damit Wasser und Kohlenstoff im Boden gespeichert werden können. Neben Pflanzen und Böden
164 brauchen auch Tiere Schutz vor den zunehmenden Hitzewellen. Dazu müssen Ställe umgebaut und
165 mit leistungsfähigen Lüftungen oder Ventilatoren ausgerüstet werden. Außerdem müssen auch
166 Weideflächen deutlich strukturreicher werden. Die europäische und nationale Agrarförderung
167 muss entsprechend dieser Anforderungen konsequent neu ausgerichtet werden.

168 Gesunde artenreiche Mischwälder sind ein wichtiger Baustein für funktionierende
169 Wasserhaushalte und Hochwasserschutz und verringert die Gefahr von Waldbränden. Daher
170 richten wir die Waldbauförderung auf den naturnahen Waldumbau mit einer Vielfalt an
171 heimischen Baumarten und bodenschonender Bewirtschaftung aus. Voraussetzung für den Aufbau
172 klimaresilienter Wälder ist ein angepasstes flächendeckendes Management von Reh- und
173 Rotwildbeständen, damit ausreichend Jungbäume aufwachsen können und nicht wie bislang
174 verbissen werden.

175 Wir müssen unsere Infrastrukturen auf den Prüfstand stellen und an die Klimarisiken
176 anpassen. In Karlsruhe legte die letzte Hitzewelle den ÖPNV lahm, die deutsche Bahn kämpft
177 schon bei Normalwetterereignissen mit ihrer Betriebsfähigkeit, die Kanalisation vieler
178 Gemeinden ist sowohl mit Dürreperioden als auch mit Starkregen überfordert, der technische
179 Hochwasser- und Starkregenschutz gerade in Gefahrengebieten wie den Mittelgebirgslagen ist

180 teilweise mangelhaft. Es geht um nicht weniger als ein umfassendes Modernisierungsprogramm
181 für unsere Infrastrukturen, Städte und Dörfer. Auch die Verkehrsinfrastruktur muss angepasst
182 werden und die anstehende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans genutzt werden, um alle
183 Planungen einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen. Dafür müssen Mittel für
184 die Sanierung maroder oder für Umwelteinwirkungen besonders anfälliger Infrastruktur
185 freigemacht werden.

186 Klimavorsorge ist eine umfassende Herausforderung und kostet zunächst eine Menge Geld – das
187 aber gut angelegt ist, weil es hohe Folgekosten in der Zukunft vermeidet. Mit dieser Aufgabe
188 wollen wir die Kommunen, gerade die strukturschwachen, nicht allein lassen. Bei solchen
189 essentiellen Fragen muss es schnell gleichwertige Verhältnisse überall in unserem Land
190 geben. Die Klimavorsorge wirft deshalb auch erneut die Frage auf, was uns wichtig ist und
191 welche Prioritäten wir in der Haushaltspolitik setzen – in Bund, Ländern und Kommunen. Für
192 die notwendigen Anpassungen vor Ort wie die Umwandlung in „Schwammstädte“ und
193 „Schwammlandschaften“, Maßnahmen des Hochwasserschutzes oder den Umbau der Kanalisation muss
194 Geld bereitgestellt werden. Haushaltsspielräume wollen wir insbesondere durch den stetigen
195 Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuerfehlansätze schaffen.

196 **Natürlicher Klimaschutz ist die beste Klimavorsorge**

197 Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei Krisen, die eng miteinander verbunden sind.
198 Abgestorbene Bäume speichern kein CO₂ mehr. Trockengelegte Moore sind für einen erheblichen
199 Teil der bundesweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, dabei können gesunde Moorböden
200 Treibhausgase speichern! Mit technischen Lösungen allein werden wir unsere Klimaziele nicht
201 erreichen, wir brauchen deshalb gesunde Ökosysteme als unsere natürlichen Verbündeten. Um
202 diesen verzahnten Krisen wirksam entgegenzuwirken, müssen Natur- und Klimaschutz
203 zusammengedacht werden. Zentral hierfür sind der Erhalt, die Stärkung, die Renaturierung
204 sowie die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme. Diese dienen als Lebensräume für eine
205 Vielzahl an (bedrohten) Arten. Gleichzeitig tragen sie als natürliche Kohlenstoffspeicher
206 und -senken zur Minderung des Treibhauseffekts bei. Zugleich sind sie ein Garant für
207 Klimavorsorge: Vielfältige und naturnahe Ökosysteme sind resilienter. Sie können sich besser
208 an den Klimawandel anpassen und sorgen insbesondere durch ihre Fähigkeit, Wasser zu
209 speichern und zu regulieren auch dafür, dass Extremwetterereignisse, Starkregen und
210 Dürreperioden abgefedert werden.

211 Das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ ist ein Herzstück der grünen Umwelt- und
212 Klimapolitik in dieser Bundesregierung. Das Programm vereint Klimaschutz mit
213 Biodiversitätsschutz und macht unsere Ökosysteme fit für die Folgen der Klimakatastrophe. Es
214 fördert den Schutz intakter Moore und die Wiedervernässung von Moorböden, lebendige Flüsse,
215 Seen und Auen, Meere und Küsten, Wildnis und Schutzgebiete, naturnahe Waldökosysteme, Böden
216 als Kohlenstoffspeicher und den Natürlichen Klimaschutz auf Siedlungs- und Verkehrsflächen.
217 Damit spielt das Aktionsprogramm eine herausgehobene Rolle bei der Frage, wie wir den sich
218 gegenseitig verstärkenden ökologischen und klimatischen Krisen unserer Zeit etwas in den Weg
219 stellen. Für den Natürlichen Klimaschutz stellen wir in der Bundesregierung bis 2026 vier
220 Milliarden Euro bereit, mit denen konkrete Projekte vor Ort gefördert und notwendige
221 Personalstrukturen geschaffen werden. Nun kommt es auf uns alle an, Kommunen,
222 Landbesitzer*innen und andere Akteur*innen vor Ort über Fördermöglichkeiten zu informieren
223 und zu gewinnen, damit diese Mittel auch abgerufen werden und die guten Ideen einen Beitrag
224 zur Eindämmung der Biodiversitäts- und Klimakrise leisten können.

Beschluss

Die Digitalisierung grün gestalten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.10.2022

Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

1 Einleitung

2 Die Digitalisierung bietet große Chancen zur Eindämmung der Klimakrise und Lösungen für
3 zahlreiche ökologische Probleme. Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue
4 Verteilung regenerativer Energie oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen
5 und datengetriebenen Innovationen können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch
6 zielgerichtet reduzieren. Diese Chance müssen wir nutzen.

7 Unterlassen wir die nachhaltige Steuerung der Digitalisierung, schaden wir der Umwelt mit
8 vielfältigen Folgen. Die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) verursacht
9 derzeit geschätzte 2-4 Prozent aller Treibhausgase weltweit und damit mindestens so viel wie
10 Deutschland. Weltweit steigt der Energieverbrauch durch Rechenzentren, Datenströme und
11 private Endgeräte enorm an, so dass wir Standards und Bedingungen formulieren müssen, damit
12 in Zukunft die positiven Auswirkungen der Digitalisierung auf Klima und Umwelt überwiegen.

13 Auch für die Produktion und Nutzung von IKT-Geräten zahlen Mensch und Natur bislang einen
14 hohen Preis. Im Jahr 2019 fielen weltweit 53,6 Millionen Tonnen Elektroschrott an und nur
15 17,4 Prozent davon wurden ordnungsgemäß gesammelt und recycelt. Wir müssen mit unseren
16 Ressourcen besser umgehen und dem Wegwerf-Trend entgegenwirken. Wir dürfen nicht dulden,
17 dass Elektroschrott aus Europa mitsamt seinen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken
18 unverantwortlich in ärmeren Weltregionen abgeladen wird.

19 Wir brauchen eine grüne Digitalisierungsstrategie, mit der wir das Nachhaltigkeitspotenzial
20 in vollem Maß ausschöpfen und gleichzeitig die umweltschädlichen Auswirkungen der
21 Digitalisierung eingrenzen. Nur wenn wir die digitale und die grüne Transformation zusammen
22 denken, können wir die Herausforderung der Klimakatastrophe bewältigen und eine Ära des
23 nachhaltigen Wirtschaftens für alle Menschen einläuten.

24 Dazu muss die Digitalisierung auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet
25 werden. Gleichzeitig müssen alle Nachhaltigkeitsstrategien die Digitalisierung
26 berücksichtigen. Auf europäischer Ebene müssen der Green Deal und die Digitalisierung
27 lückenlos verzahnt werden. In Deutschland müssen alle digitalen Strategieprozesse der
28 Bundesregierung und der Länder in den Dienst der Nachhaltigkeitstransformation gestellt
29 werden.

30 Software – offen und nachhaltig

31 Durch die Digitalisierung entstehen neue Geschäftsmodelle und Dienstleistungen, die zu
32 großen Teilen auf Innovationen der Software basieren. Dieser Bereich birgt ein großes
33 Energieeinsparpotenzial. Software selbst hat je nach Programmierung unterschiedliche
34 Energiebedarfe. Außerdem hat sie enormen Einfluss auf die Funktionen und damit den

35 „Energiehunger“ zahlreicher smarterer Endgeräte vom Computer bis zum Kühlschrank. Die
 36 eingebaute Software bestimmt auch bei vielen Geräten mittlerweile darüber, wie kurz oder
 37 lang Geräte genutzt werden können. Insbesondere quelloffene bzw. freie Software ermöglicht
 38 es, anwendungsbezogene und ressourcensparsame Lösungen zu entwickeln und anzupassen. Darum
 39 ist der stärkere Einsatz für quelloffene Software auch ein Einsatz für mehr Nachhaltigkeit
 40 in der Digitalisierung, er erhöht die Teilhabe und baut Abhängigkeiten ab. Endgeräte können
 41 länger betrieben werden, da relevante Updates auch erstellt werden können, wenn der
 42 offizielle Support des Anbieters ausgelaufen ist. Weiterentwicklungen können auf bestehendem
 43 Code aufbauen, aber auch nicht mehr benötigten wegstreichen. Deshalb muss öffentliche
 44 Verwaltung prioritär auf quelloffene Software setzen.

45 **Green Coding**

46 Bisher gibt es kaum nachhaltige Vorgaben für die Softwareentwicklung, da ineffiziente
 47 Programmierung oft durch schnellere Prozessoren oder leistungsfähigere Hardware-Komponenten
 48 ausgeglichen wurde. Schlanke Programmierung und die Berücksichtigung der Energieeffizienz
 49 bei der Wahl von Programmiersprachen können jedoch zu einer deutlich besseren Energiebilanz
 50 führen. Deshalb muss Nachhaltigkeit in den Rahmenlehrplänen der Ausbildungseinrichtungen und
 51 Hochschulen verankert werden. Gleichzeitig fördern wir Fortbildungen zu nachhaltiger
 52 Programmierung für erfahrene Entwickler*innen.

53 Daten-, Ressourcen- und Energiesparsamkeit müssen Gebote der Softwareentwicklung werden. Wir
 54 wollen dafür Anreize schaffen, um das bisher häufig angewendete Prinzip, teure
 55 Programmierzeit auf Kosten der Rechenzeit zu sparen, umzukehren.

56 Kriterien wie die Ressourceneffizienz von Produkten und der Einfluss von Software auf die
 57 Hardwarenutzungsdauer sind messbar. Wir fördern die Analyse von sozio-technischen Systemen,
 58 also die gemeinsame Betrachtung der Faktoren Mensch, Software, Hardware, Sensoren und
 59 Aktoren, im Hinblick auf Energie und Nachhaltigkeit und die Entwicklung von
 60 Energieeffizienz-Kennwerten von Komponenten und Werkzeugen der Softwareentwicklung im
 61 Hinblick auf die Etablierung einer Kennzeichnung für energieeffiziente Software. Eine solche
 62 Kennzeichnung kann im nächsten Schritt als Grundlage für gesetzliche Mindeststandards und
 63 zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung auch im Software-Bereich dienen.

64 Wir setzen uns dafür ein, dass neue Softwareprodukte und die für sie angewandten
 65 Technologien langfristige Interoperabilität und Kompatibilität zwischen Geräten,
 66 Gerätegenerationen und Standards aufweisen.

67 **Vernetzte Geräte**

68 Software spielt auch eine entscheidende Rolle beim aktuellen Trend zur Vernetzung von
 69 Haushaltsgeräten (*Smart Home*) und Dingen des Alltags mit dem Internet (*Internet of Things*).
 70 Dabei darf es keine Automatismen geben. Vernetzung ist nur dann sinnvoll, wenn sie einen
 71 konkreten Mehrwert für die Nutzer*innen oder die Energieeffizienz hat und nicht zu
 72 zusätzlicher Überwachung oder weniger Sicherheit führt. Das hat zur Folge, dass
 73 Schnittstellen oder Cloudanwendungen nicht nur heute, sondern langfristig funktionieren
 74 müssen. Schlechte Programmierung und mangelnde Interoperabilität und Konnektivität können
 75 dazu führen, dass bisher langlebige Haushalts- und Unterhaltungselektronik-Geräte trotz
 76 Funktionsfähigkeit des eigentlichen Geräts in kürzeren Abständen ausgetauscht werden. Ohne
 77 gesellschafts- und umweltpolitische Maßnahmen können marktbeherrschende Unternehmen in
 78 diesem Geschäftsfeld ihre Monopolstellungen auf Kosten der Verbraucher*innen und der
 79 Nachhaltigkeit ausnutzen. Studien belegen: Nur ein Bruchteil der Systeme ist bisher so
 80 ausgerichtet, dass Energieflüsse effizient gesteuert werden.

81 Die Kernfunktionalitäten für Produkte innerhalb eines Systems müssen gewährleistet sein.
 82 „Sustainability by design“ muss mit klaren Kriterien für Softwareprodukte definiert und mit
 83 „Security by design“ verschränkt werden.

84 **Nachhaltige Rohstoffpolitik und Kreislaufwirtschaft**

85 Handys, Tablets und Laptops sind unsere alltäglichen Begleiter, aber keine Wegwerfprodukte.
86 Wir arbeiten auf allen Ebenen daran, dass sie länger leben und reparierbar sind. Wir konnten
87 in der EU-Batterienverordnung erreichen, dass Handy-Akkus zukünftig austauschbar sein
88 müssen. Um den rasant wachsenden Berg von Elektroschrott einzudämmen, haben wir
89 durchgesetzt, dass ab 2024 einheitliche Ladekabel für Geräte wie Smartphones, Laptops,
90 Digitalkameras und E-Reader verpflichtend werden.

91 Damit aus unseren Technikschränken wieder Rohstofflager werden, müssen wir noch einen
92 Schritt weitergehen. In der nachhaltigen Produktpolitik machen wir uns für europäische
93 Mindeststandards stark, die den Umweltfußabdruck und die Klimabilanz von technischen Geräten
94 massiv verbessern. Klares Labeling von beispielsweise der Reparierbarkeit und ein digitaler
95 Produktpass ermöglichen die nachhaltige Wahl an der Ladentheke und das spätere Recycling für
96 eine echte Kreislaufwirtschaft. Damit nicht nur das Klima, sondern auch der Geldbeutel der
97 Verbraucher*innen von Nachhaltigkeit profitieren, streiten wir für ein echtes Recht auf
98 Reparatur, das Ersatzteile und Anleitungen allen Tüftler*innen und Werkstätten zur Verfügung
99 stellt, Software-Updates bereithält, Reparatur dem Austausch von kaputten Produkten
100 bevorzugt, die Hersteller stärker in die Verantwortung nimmt und finanzielle Anreize für die
101 Reparatur setzt.

102 Wir wollen durch klare Recyclat-Vorgaben die Kreislaufwirtschaft voranbringen und, wo nötig,
103 die gesetzlichen Grundlagen für einen schnellen Aufbau des Rohstoffrecyclings ermöglichen.

104 In vielen Fällen kann der Rohstoffbedarf noch nicht über Recycling und Kreislaufwirtschaft
105 gedeckt werden. Daher setzen wir auf eine Rohstoffpolitik, die Nachhaltigkeit und
106 Versorgungssicherheit miteinander verbindet und die einen Beitrag dazu leistet, die
107 Bedingungen im Abbau und der Verarbeitung von Rohstoffen – für Produkte wie Handys und
108 Laptops und für die Digitalisierungsinfrastruktur – zu verbessern. Die Ausbeutung von
109 Menschen und Umwelt darf nicht Grundlage der Digitalisierung sein. Wir setzen uns daher für
110 die Diversifizierung von Rohstofflieferketten ein und wollen vornehmlich Partnerschaften mit
111 den Ländern, die als Wertepartner gelten, ausweiten und dadurch dazu beitragen, einseitige
112 Abhängigkeiten in Rohstofflieferketten zu reduzieren. Wir wollen dazu beitragen, die
113 Bedingungen im Rohstoffsektor weltweit zu verbessern durch verbindliche Standards entlang
114 von Lieferketten auf europäischer Ebene und für alle Importe in die EU.

115 Zudem setzen wir uns für transparente Verfahren im Rohstoffsektor ein, um Korruption und
116 Steuervermeidung zu reduzieren.

117 **Rechenzentren effizient betreiben**

118 Der Datenverkehr nimmt rasant zu und wurde durch die Corona-Pandemie zusätzlich gesteigert.
119 Dadurch müssen Rechenzentren immer mehr Kapazitäten vorhalten. Damit dieses Wachstum so
120 nachhaltig wie möglich erfolgt, müssen öffentliche Rechenzentren bis 2025 ein
121 Umweltmanagementsystem einführen, neue Rechenzentren spätestens ab 2027 klimaneutral
122 betrieben werden und alle Rechenzentren in Europa bis 2030 klimaneutral werden.

123 Das öffentliche Energieeffizienz-Register, das sich gerade bundesweit im Aufbau befindet,
124 kann Grundlage für eine künftig verpflichtende Effizienz-Kennzeichnung von Rechenzentren
125 sein. Auch auf EU-Ebene hat das Parlament für die neue Energie-Effizienz-Richtlinie ein
126 verpflichtendes Kataster für Rechenzentren ab 2024 beschlossen. Ab 2025 sollen in der EU
127 Mindeststandards für die effiziente Nutzung von Energie und Ressourcen gelten.

128 Betreiber*innen sollen jährlich den Energieverbrauch berichten. Durch diese Transparenz
129 kurbeln wir den Wettbewerb um die nachhaltigsten Lösungen an. Die Kennzahlen helfen auch den
130 Betreiber*innen selbst bei der Optimierung ihres Betriebs, z.B. durch eine bessere
131 Auslastung der Server. Wir schaffen auf der anderen Seite mehr Transparenz für Kund*innen.

132 Der Blaue Engel als Zertifizierung ist die Richtschnur. Kund*innen müssen wie bei
133 Kühlschränken künftig auch bei Rechenzentren die Effizienz auf einen Blick erkennen können,
134 damit wir den Markt bewegen. Für die öffentliche Hand ist eine solche Transparenz zudem
135 Grundlage für nachhaltige Vergabe.

136 Energieeinspar-Potenzial bietet außerdem die Nutzung der Abwärme von Rechenzentren, die
137 zurzeit größtenteils verpufft. Bestehende Rechenzentren sollten die Wärme selber nutzen oder
138 ohne bürokratischen Aufwand vermarkten dürfen. Bei Neubauten müssen Synergien von vornherein
139 mitgedacht werden, z.B. indem die Abwärme als Nah- und Fernwärme für die Versorgung von
140 Häusern und Geschäftsgebäuden zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet auch, dass Neubauten
141 nicht mehr auf der grünen Wiese entstehen sollen, sondern in der Nähe potenzieller Abnehmer.
142 Als Voraussetzung verpflichten wir neue Rechenzentren zur Flüssigkühlung, weil ihr hohes
143 Wärmeniveau am besten nutzbar ist.

144 **Künstliche Intelligenz grün gestalten**

145 Künstliche Intelligenz kann bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Klimafolgen-
146 Anpassung und dem Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele wichtige Dienste leisten. Die
147 Steuerung von Stromnetzen mit erneuerbaren Energien, Prozesseffizienz in der industriellen
148 Fertigung, das Nachverfolgen von Entwaldung oder die Modellierung von Überschwemmungen sind
149 Beispiele wertvoller Innovation durch künstliche Intelligenz, insbesondere durch Methoden
150 des Maschinellen Lernens. Aber genauso können Anwendungen von Künstlicher Intelligenz den
151 Konsum steigern, die klimaschädliche Ölförderung verstärken oder die industrielle
152 Tierhaltung intensivieren.

153 Deshalb brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens darüber, wofür wir Anwendungen
154 Künstlicher Intelligenz einsetzen wollen und wofür nicht. Automatisierung und
155 Effizienzsteigerung bedeuten nicht automatisch, dass KI-Tools in allen Bereichen sinnvoll
156 und verhältnismäßig sind. Ob selbstfahrende Autos die CO₂-Emissionen erhöhen oder
157 verringern, hängt beispielsweise unter anderem davon ab, ob sie öffentliche Verkehrsmittel
158 ersetzen oder ergänzen. Das ist eine gesellschaftliche Entscheidung.

159 Wir brauchen KI für Nachhaltigkeitslösungen beim Klimaschutz und fördern diese durch
160 gezielte Forschung und Umsetzung bis zur Marktreife von KI-Anwendungen, die den Klimawandel
161 bekämpfen helfen und die Klimafolgenanpassung fördern. Außerdem fördern wir langfristige
162 öffentliche Forschung, die den Zusammenhang zwischen KI und Umweltauswirkungen untersucht,
163 wie z. B. das Anwendungslabor für KI und Big Data beim Umweltbundesamt.

164 Bislang fehlen unabhängige Standards und Kriterien zur Bewertung der Auswirkungen von KI auf
165 Klima und Umwelt. Künstliche Intelligenz verbraucht Ressourcen, erzeugt Abfälle und hat
166 einen hohen Stromverbrauch. Bisher fehlen jedoch unabhängig prüfbare Daten, da viele
167 Anwendungen der Künstlichen Anwendungen von wenigen Großkonzernen entwickelt werden. Ein
168 erster Schritt wären also Offenlegungspflichten über den Strom- und Ressourcenverbrauch von
169 Anwendungen der Künstlichen Intelligenz, die von der öffentlichen Hand eingesetzt werden
170 oder nach dem europäischen AI Act zertifiziert werden.

171 Wir verankern Nachhaltigkeitskriterien in KI-Strategien und -Gesetzgebung, besonders dem AI
172 Act der Europäischen Union. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von europäischen
173 Energieeffizienz-Standards und Richtlinien zur Bewertung des Ressourcen- und
174 Stromverbrauches von KI-Anwendungen. Wir fördern Vorgaben für qualitative Bewertungen der
175 Umweltauswirkungen von KI-Produkten und -Anwendungen durch die Hersteller für die Zeit bis
176 zur Bereitstellung von Standards. Wir unterstützen die Entwicklung von Messmethoden und
177 Richtlinien zur Schätzung und Berichterstattung des ökologischen Fußabdrucks, z.B. zu den
178 verwendeten Trainingsdaten, ihrer Qualität und Quantität, zum Stromverbrauch des Trainings
179 und dem Verbrauch im laufenden Betrieb. Nachhaltigkeit muss ein maßgebliches Kriterium bei
180 der Beschaffung von KI durch öffentliche Stellen sein. Wir fördern den Aufbau von KI-

181 Kompetenz in Ministerien und Behörden, die es ihnen erlaubt, Anwendungen intern und extern
182 zu prüfen und zu evaluieren, um die Verwaltung effizienter und klimafreundlicher zu
183 gestalten.

184 Besonders wichtig sind angesichts der von wenigen Großkonzernen dominierten Anbieterstruktur
185 Interoperabilitätsstandards für kommerzielle KI-Anwendungen zur Vermeidung von Lock-in-
186 Effekten und zur Förderung einer breiten Anbieter-Landschaft.

187 **Nachhaltige Standards und Zertifizierung**

188 Wir brauchen Umweltstandards für digitale Technologien, Netze und Infrastrukturen für ihren
189 gesamten Lebenszyklus. Nur so können wir die richtigen strategischen Entscheidungen im
190 Hinblick auf den Nutzen und die Umwelt- und Klimaauswirkungen treffen.

191 Die für die Zukunft entscheidenden digitalen Technologien müssen konsequent an einer
192 Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet sein. Derzeit sind technische Standards in der
193 Digitalisierung auf nationaler und europäischer Ebene sowie weltweit weitgehend durch
194 Interessen der wirtschaftlichen Akteure getrieben. Die Normierung der Digitalisierung auf
195 Nachhaltigkeit durch politische Rahmenbedingungen kann die Nachhaltigkeitstransformation
196 aber entscheidend voranbringen. "Ressourcen- und Energieeffizienz by design" müssen zum
197 Ausgangspunkt in der Konzeption und beim Betrieb digitaler Infrastrukturen werden. Daten zur
198 Abschätzung der Umweltauswirkungen von digitalen Technologien sind von öffentlichem
199 Interesse, aber bisher teilweise nicht öffentlich verfügbar. Hersteller und Betreiber von
200 digitalen Technologien müssen deshalb dazu verpflichtet werden, über die Anforderungen der
201 Nachhaltigen Produktpolitik hinaus einmal im Jahr Rechenschaft über die Nachhaltigkeit ihrer
202 Dienstleistungen abzulegen. Durch diese Transparenz sind wir künftig in der Lage, auch hier
203 gesetzgeberische Mindestanforderungen zu stellen.

204 Entscheidend ist auch die Transparenz für Kund*innen und Endverbraucher*innen durch
205 Auskunftspflichten, Labels und Zertifizierungen. Eine Weiterentwicklung des Blauen Engels
206 und Ausdehnung auf weitere digitale Lösungen ist genauso erforderlich wie die
207 Fortentwicklung von Ökodesign-Kriterien. Die öffentliche Hand muss dabei vorausgehen und die
208 Nachfrage nach zertifizierten Produkten steigern, indem bei IT-Beschaffungen
209 Zertifizierungen wie der Blaue Engel zum Standard werden.

210 Video-Streaming ist für geschätzte 60 Prozent des Datenverkehrs im Internet und damit einen
211 enorm hohen Energieverbrauch verantwortlich. Die freiwillige Begrenzung von Streaming-
212 Bitraten durch große Streaming-Dienste während der COVID-19-Krise wurde weithin akzeptiert.
213 Geringere Auflösungen als technisch möglich müssen deshalb als Voreinstellung verpflichtend
214 sein und sollten nur auf Wunsch der Nutzer*innen geändert werden können. Ebenso sollten
215 Nutzer*innen selbst darüber entscheiden, welche Videos sie anschauen möchten. Deshalb sollte
216 das automatische Abspielen von Videos, z.B. beim Öffnen einer Seite oder nach dem Abspielen
217 eines vorherigen Videos nicht als Default-Option aktiviert sein.

218 Tracking im Internet, also das Sammeln von personenbezogenen Daten zu Werbezwecken,
219 verursacht ebenfalls einen hohen Stromverbrauch. Langfristig brauchen wir genauso wie für
220 Produkte auch für Dienstleistungen Standards, die alle digitalen Dienstleistungen auf den
221 Nachhaltigkeits-Prüfstand stellen.

222 **Rebound-Effekte vermeiden**

223 Effizienzgewinne bei der Digitalisierung werden zu oft durch zusätzlichen Konsum
224 aufgeessen, z.B. wenn wir durch verbesserte Datenübertragung mehr Dienste in Anspruch
225 nehmen als vorher. Deshalb braucht es neben den anderen beschriebenen wirkungsvollen
226 Maßnahmen weitere Steuerungsinstrumente und absolute Grenzen zur Senkung des gesamten
227 Ressourcenverbrauchs der digitalen Transformation. Die Fiskalpolitik muss umweltschädliche
228 Subventionen streichen und die Steuerlast stärker vom Faktor Arbeit auf Ressourcenverbrauch

229 verlagern. Dadurch wird umweltschonendes Verhalten von Produzent*innen und Verbraucher*innen
230 finanziell attraktiver, gleichzeitig durch die steuerliche Entlastung Beschäftigung
231 gesichert und z.B. das Reparieren lukrativer als die Produktion neuer digitaler Geräte.

232 Außerdem sind Cap-and-Trade-Systeme wie der europäische Emissionshandel geeignete
233 marktwirtschaftliche Instrumente, um Grenzen für den Ressourcenverbrauch festzulegen,
234 innerhalb derer frei agiert werden kann und Effizienzsteigerungen weiterhin möglich sind.

235 **Moderne digitale Verwaltung für die** 236 **Nachhaltigkeitswende**

237 Öffentliche Verwaltung muss auf der Personalebene die Kompetenzen aufbauen, um
238 Digitalisierungsprozesse kompetent zu steuern. Vor allem in der Umweltverwaltung müssen
239 digitale Technologien gezielt eingesetzt werden, um Verwaltungsprozesse bürger*innennah und
240 transparent zu gestalten und die Energie- und Verkehrswende voranzutreiben.

241 Agile Produktentwicklung und enthierarchisierte Organisationsformen ermöglichen
242 Experimentierräume. Transparenz, Offenheit und zivilgesellschaftliche Partizipation sollen
243 Prinzipien moderner Verwaltung sein.

244 Quelloffene Software verhindert Lock-in-Effekte und Abhängigkeiten, die für die Planung
245 erforderlichen Daten sollen datenschutzfreundlich und effektiv von der öffentlichen Hand
246 genutzt werden. Open source stärkt regionale Wertschöpfung, senkt Markteintrittsbarrieren
247 für kleine und mittelständische Unternehmen und vereinfacht Kooperation zwischen
248 Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft.

249 Den Rechtsanspruch auf offene Daten und die Bereitstellung dieser wollen wir ausbauen und
250 weitere Projekte anstoßen, um insbesondere Umweltdaten einfacher nutzbar zu machen. Das
251 Umweltbundesamt wollen wir an der Schnittstelle Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiter
252 stärken.

253 **Vielfalt und Zivilgesellschaft in der Digitallandschaft**

254 Die Gesellschaft ist bei der Gestaltung der Digitalisierung bislang nicht repräsentativ
255 vertreten, weil überwiegend weiße Männer die Digitalbranche prägen. Im Jahr 2021 erhielten
256 Start-up-Unternehmen in Europa mit reinen Frauen-Teams nur 2 Prozent des Wagniskapitals, 9
257 Prozent gingen an gemischte Teams und 89 Prozent an rein männliche Gründer. Das ist nicht
258 nur wirtschaftlich von Nachteil, sondern auch für die Umwelt. Untersuchungen belegen, dass
259 Unternehmen mit gemischten Vorständen profitabler arbeiten und Frauen häufig mehr Wert auf
260 umweltbezogene und soziale Nachhaltigkeit legen sowie für mehr Gründungen in diesem Bereich
261 sorgen. Deshalb fördern wir Vielfalt und gleichzeitig die Fokussierung auf mehr
262 Nachhaltigkeit, indem wir öffentliche Gelder zur Gründungsförderung geschlechtergerecht und
263 vielfaltsfördernd vergeben. Ein besonderes Augenmerk der öffentlichen Gründungsförderung
264 muss auf Start-ups liegen, die klima- und umweltfreundlichen Dienstleistungen und Produkte
265 entwickeln.

266 Auch in Ausbildung, Studium, Forschung und Wirtschaft sind Frauen und mehrfach
267 marginalisierte Personen unterrepräsentiert. Deshalb unterstützen wir Programme und
268 Initiativen, die Digitalisierungsthemen für alle gleich attraktiv machen.

269 Die Zivilgesellschaft ist in Sachen Umwelt und Klimaschutz oft weiter als Politik und
270 Wirtschaft. Wir setzen uns für die gezielte Förderung von zivilgesellschaftlichen und nicht
271 profitorientierten Initiativen und Gründungen ein, die oft innovative nachhaltige Lösungen
272 hervorbringt.

273 **Bildung und Forschung für eine grüne digitale Welt von** 274 **morgen**

275 Digitalisierung und Nachhaltigkeit müssen in Ausbildung, Studium, Forschung und Lehre

276 zusammen gedacht werden, z.B. indem Umweltauswirkungen digitaler Technologien diskutiert und
 277 ressourcensparende Programmierung fester Bestandteil der Lehrpläne werden.

278 Das Verständnis für die nachhaltige Nutzung von digitalen Technologien wird essenziell
 279 werden. Dafür starten wir auf Bundes- und Länderebene Aufklärungskampagnen zu durch die
 280 Digitalisierung vereinfachten nachhaltigen Konsummodellen wie »Nutzen statt Besitzen« und
 281 Konzepten wie "digital detox" zum gesundem Umgang mit digitalen Medien. Staatlich initiierte
 282 Ideen-Wettbewerbe und Förderprogramme können zudem soziale Innovationen für eine digitale
 283 Kultur der Nachhaltigkeit anstoßen. Auch in der Wissenschaft müssen Digitalisierung und
 284 Nachhaltigkeit stärker vernetzt untersucht werden. Trotz vielversprechender Ansätze sind die
 285 wissenschaftlichen Communities für Nachhaltigkeit auf der einen und für digitale
 286 Technologien auf der anderen Seite noch nicht eng genug zusammen. Öffentliche
 287 Forschungsförderung muss den Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Umweltauswirkungen
 288 fokussieren und zugehörige Netzwerke zwischen Forscher*innen unterschiedlicher Disziplinen
 289 unterstützen. Wir fördern Allianzen wissenschaftlicher Communities zur Nachhaltigkeit.

290 Eine integrierte Forschungsstrategie für Nachhaltigkeit in der digitalen Gesellschaft legt
 291 die Grundlage für ein entsprechendes inter- und transdisziplinäres Forschungsprogramm.
 292 Wichtige Felder sind beispielsweise Echtzeit-Monitoring von Ökosystemen, Stoffströmen und
 293 Infrastrukturen oder Verfahren der digitalen Modellierung („Digitaler Zwilling“).
 294 Öffentliche Forschung muss dabei unabhängig und offen zugänglich sein. Öffentliche
 295 Investitionen und Steuerung sind in diesem Bereich umso wichtiger, da ein großer Teil der
 296 Forschung zu digitalen Technologien in privaten Händen liegt, die Nachhaltigkeit nicht
 297 priorisieren.

298 **Europäische Perspektiven**

299 Standards für Energie- und Ressourcenverbrauch von Hard- und Software müssen auf
 300 europäischer Ebene festgelegt werden, um einheitliche Anwendung und fairen Wettbewerb zu
 301 fördern. Dabei müssen auch große Plattformen in den Blick genommen werden, die
 302 beispielsweise durch massive Datensammlungen für das Werbegeschäft Energie- und
 303 Ressourcenverbrauch verursachen. Dabei muss auch der bei den Endnutzer*innen ausgelöste
 304 Verbrauch betrachtet werden. Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze, soziale Netzwerke
 305 müssen in Zukunft in Hinblick auf Strom- und Ressourcenverbrauch vergleichbar sein. Nur so
 306 können Nutzer*innen bewusste Entscheidungen z.B. für einen nachhaltigen Browser treffen und
 307 nur so können sich Unternehmen in einem Markt, der nicht über den Preis reguliert wird,
 308 durch Nachhaltigkeit auszeichnen. Dafür müssen europäische Standards entwickelt werden.

309 Alle aktuell auf EU-Ebene erarbeiteten neuen Digitalgesetze müssen Nachhaltigkeitskriterien
 310 berücksichtigen.

311 Beim Digital Services Act / Digital Markets Act (DSA/DMA) und bei der Regulierung von
 312 Kryptowährungen (MiCA) wurde die Chance verpasst, Nachhaltigkeitskriterien in wegweisende
 313 Digitalregulierungen aufzunehmen. Dieser Fehler darf beim Data Act und beim AI Act nicht
 314 wiederholt werden. Die Bundesregierung muss sich im Rat für starke Nachhaltigkeitskriterien
 315 im Data Act und im AI Act einsetzen.

316 Auch für Cloud-Plattformen müssen Nachhaltigkeitsstandards entwickelt werden, die durch
 317 unabhängige Audit-Stellen geprüft werden. Gerade in diesem von wenigen großen Anbietern
 318 geprägtem Sektor sind Transparenz, Standards, unabhängige Prüfung und langfristig
 319 gesetzliche Vorgaben unverzichtbar.

320 Auf europäischer Ebene werden aktuell Datenräume für unterschiedliche Bereiche aufgebaut.
 321 Wir unterstützen insbesondere den Datenraum zur Erfüllung der Green-Deal-Ziele, der zu einem
 322 echten Klima- und Umwelt-Datenraum ausgebaut werden muss, um den Transformationsprozess in
 323 eine treibhausgasneutrale und nachhaltige Zukunft zu begleiten.

324 **Grüne Digitalisierung in der internationalen**
325 **Zusammenarbeit**

326 Über die europäische Ebene hinaus setzt sich die Bundesregierung in der internationalen
327 Kooperation für eine nachhaltige Digitalisierung ein und unterstützt aktiv relevante
328 Gestaltungsprozesse der internationalen Organisationen, zum Beispiel die Initiative des UN-
329 Generalsekretärs für einen Global Digital Compact, die Initiative Digital Transformation for
330 Environmental Sustainability oder die u.a. von UBA, UNEP und UNDP co-geleitete Stakeholder-
331 Initiative Coalition for Digital Environmental Sustainability (CODES). In der von der
332 Bundesregierung vertretenen Klimaaußenpolitik muss die Digitalisierung konsequent mitgedacht
333 werden. In der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere Partner*innen beim Aufbau ihrer
334 unabhängigen digitalen Infrastruktur zur Stärkung ihrer digitalen Souveränität, denn
335 Unabhängigkeit ermöglicht die eigenständige Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung
336 (SDGs).